

KEINE FAULEN KOMPROMISSE –
VORWÄRTS ZUM SOZIALISMUS

EIN HISTORISCHER ABRISS
UNSERER ARBEIT UND METHODEN



KEINE FAULEN KOMPROMISSE —
VORWÄRTS ZUM SOZIALISMUS

EIN HISTORISCHER ABRISS
UNSERER ARBEIT UND METHODEN

Der vorliegende Text wurde auf der Konferenz der SLP in Linz im Jänner 2005 verabschiedet.

Herzlichen Dank an Sonja Grusch (Redaktion), Franz Breier jun. (Lektorat)
und Harald Mahrer (Bildredaktion, Layout, Satz, Umbruch, Umschlaggestaltung)

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin: Sozialistische LinksPartei,
Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien, Druck: Digidruck, 1030 Wien

INHALTSVERZEICHNIS

STATT EINER EINLEITUNG	5
UNSERE URSPRÜNGE: EIN KURZER ÜBERBLICK ÜBER UNSERE WURZELN	7
DIE ERSTEN VIER INTERNATIONALEN	7
DIE WURZELN DES CWI	11
PRINZIP UND NOTWENDIGKEIT DES INTERNATIONALISMUS:	
DER ERSTE KONTAKT 1981	13
DER AUFBAU - KEIN GERADLINIGER WEG	17
AUSEINANDERSETZUNG MIT DER GESCHICHTE	
DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERINNENKLASSE	17
DIE ZEITUNG "VORWÄRTS" ALS ZENTRALER ORGANISATOR	19
ARBEIT IN DER SOZIALDEMOKRATIE	20
DER "ENTRISMUS"	21
GEFAHREN DES "ENTRISMUS"	21
OFFENSIV FÜR EINE MARXISTISCHE SJ	23
WIR WERDEN POLITISCH EIN PROBLEM FÜR DIE SPÖ-SPITZE	24
DIE AUSSCHLÜSSE	25
DIE VERBÜRGERLICHUNG DER SPÖ	26
DER AUFSTIEG DER FPÖ	28
DISKUSSIONEN ZUR SPÖ IN UNSEREN REIHEN	28
EINE DOPPELTE UND KOMBINIERTER AUFGABE: MIT DER SLP FÜR EINE NEUE PARTEI DER ARBEITERINNEN, ERWERBSLOSEN UND JUGENDLICHEN!	31
WER DIE JUGEND HAT, HAT DIE ZUKUNFT	35
NEIN ZUM SPARPAKET	36
STOPPT DIE KRIEGSTREIBER	36
JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA/ANTIFASCHISTISCHES KOMITEE	37
SCHÜLERINNENAKTIONSPLATTFORM (sap)	39
DIE WIEDERKEHR SOZIALISTISCHER IDEEN UNTER JUGENDLICHEN	40
GEGEN "GLOBALISIERUNG"	42
SOZIALISTISCHER WIDERSTAND INTERNATIONAL (swi)	43
VERTRAUEN IN DIE ARBEITERINNENKLASSE –	
WAS IST REVOLUTIONÄRE GEWERKSCHAFTS- UND BETRIEBSARBEIT?	45
DIE ÜBERGANGSMETHODE: DIE KOLLEGINNEN DORT ABHOLEN, WO SIE STEHEN	46
BETRIEBSRATSARBEIT: MIT DEN KOLLEGINNEN, NICHT BLOSS FÜR DIE KOLLEGINNEN	47
FÜR KÄMPFERISCHE UND DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN	48
UNSER KAMPF GEGEN UNTERDRÜCKUNG – AUCH VOR RICHTER	50
DAS RECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH –	
EIN ZENTRALER TEIL DER FRAUENARBEIT	51

ORGANISATIONEN IM WANDEL DER ZEIT	53
“wes’ BROT ICH ESS’, des’ LIED ICH SING ...”	54
BÜNDNISSE MIT ANDEREN	55
PROZESS DER NEUFORMIERUNG DER LINKEN VERZÖGERT SICH	56
DIE WIDERSTANDSBEWEGUNG	58
DIE ARBEITERINNENKLASSE BETRITT DIE BÜHNE	60
WARUM WIR IN EINER BÜRGERLICHEN “DEMOKRATIE” ZU WAHLEN ANTRETEN	60
INTERNATIONALISMUS ALS PRINZIP	62
JETZT BEITRETEN	65
ZEITTADEL	67

STATT EINER EINLEITUNG

Die Sozialistische LinksPartei wurde unter dem Namen SLP im Jahr 2000 gegründet. Für das Abfassen einer Parteigeschichte scheint es daher reichlich früh zu sein. Tatsächlich reichen unsere Wurzeln in Österreich ins Jahr 1981 zurück. Wir knüpfen an die besten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung seit dem 19. Jahrhundert an. Wir stehen in der Tradition jener, die gegen eine Bürokratisierung der ArbeiterInnen-Organisationen, gegen faule Kompromisse mit den Herrschenden und gegen den Stalinismus gekämpft haben. Die Geschichte einer Organisation wird von Personen getragen. Doch die Basis bilden politische Ideen, Konzepte und Methoden sowie die kollektive Diskussion. Obwohl die Stärken, Schwächen sowie die Opferbereitschaft einzelner AktivistInnen und Mitglieder sehr wichtig für Erfolge aber auch Rückschläge in unserer Arbeit waren, geht es in dieser Geschichte nicht um ein "Wer hat Wann Was getan?", sondern um eine Auseinandersetzung mit diesen Traditionen und Ideen. Nur wenige werden namentlich genannt, hier insbesondere jene, die in der Öffentlichkeit stehen bzw. gestanden sind. Die junge Geschichte unserer Organisation, von den Anfängen 1981 bis heute, fand vor dem Hintergrund fundamentaler Veränderungen statt: dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten, der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie, der USA als einziger Supermacht und dem Wiedererwachen der ArbeiterInnenklasse.

Leo Trotzki hat 1938 im Übergangsprogramm¹ formuliert: "Die geschichtliche Krise der Menschheit läuft auf die Krise der revolutionären Führung hinaus." Heute sehen wir zwar eine Zunahme von Kämpfen, aber auch, dass diese oft ergebnislos verlaufen. Ursache ist, dass durch die Verbürgerlichung der traditionellen ArbeiterInnen-Organisationen die ArbeiterInnenklasse heute in vielen Ländern keine eigene Partei mehr hat,

¹ Der Text "Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der 4. Internationale (Das Übergangsprogramm)" wurde 1938 vom russischen Revolutionär Leo Trotzki als eine Art Programm der 4. Internationale verfasst. Es beschäftigt sich mit der Entwicklung der kapitalistischen, stalinistischen und ex-kolonialen Staaten. Es kommt zur Schlussfolgerung, dass das Fehlen revolutionärer Parteien schuld an der Niederlage vieler Kämpfe ist.

geschweige denn eine kämpferische Führung. Es ist daher heute ebenso notwendig, die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung neu aufzubauen wie eine revolutionäre Führung. Die Mitglieder der österreichischen Sektion des CWI² haben es immer als ihre Aufgabe gesehen, sich an diesem Aufbau zu beteiligen. Wir haben nie einen Widerspruch zwischen dem Kampf um den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse und dem Kampf für Sozialismus gesehen. Daher waren wir Teil aller wichtigen Bewegungen der letzten Jahre - den Antikriegsbewegungen (1991 im Golfkrieg, während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, 2001 (Afghanistan) und 2003 (Irak)), der Bewegungen gegen Privatisierung in den 1990er Jahren, jener gegen den Sozialabbau Mitte der 1990er Jahre und hier insbesondere bei den Kämpfen von SchülerInnen gegen den Bildungsabbau, der Widerstandsbewegung 2000, den Streiks ab 2002 und vor allem der Streikwelle 2003 sowie generell der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung in den letzten zwei Jahrzehnten.

Unser Ziel war und ist der Aufbau einer revolutionären Partei für den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft. In unserer konkreten Arbeit haben wir zu Beginn in den Reihen der Sozialdemokratie gearbeitet und in dieser - die damals noch eine ArbeiterInnenpartei war - mit ArbeiterInnen und Jugendlichen über die Notwendigkeit einer revolutionären Gesellschaftsveränderung diskutiert. Ziel dieses Textes ist daher auch, die Veränderung der Sozialdemokratie zu umreißen und aufzuzeigen, warum die SPÖ heute ein Hindernis im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft und auch für die bloße Verteidigung des Lebensstandards der ArbeiterInnenklasse ist. Desweiteren möchten wir dir/Ihnen unsere Ideen und Traditionen näher bringen und dich/Sie bald als neues Mitglied bei der SLP, österreichische Sektion des CWI, begrüßen.

2 Das CWI (Committee for a Workers International, Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale, wurde 1974 gegründet. Die SLP ist Mitglied und damit die österreichische Sektion, des CWI).

UNSERE URSPRÜNGE: EIN KURZER ÜBERBLICK ÜBER UNSERE WURZELN

Bei unserer Arbeit haben wir stets die Methode des Marxismus angewendet und stehen damit in den besten Traditionen der ersten vier Internationalen, die für die Rechte der ArbeiterInnenklasse und für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung eingetreten sind. Die Anfänge der organisierten ArbeiterInnenbewegung reichen bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Die ArbeiterInnenklasse kristallisierte sich als "revolutionäres Subjekt" heraus, d.h. als jene Kraft, die aufgrund ihrer Stärke und der Tatsache, dass sie, wie Marx schrieb, "nichts zu verlieren hat als ihre Ketten", in der Lage ist, die Gesellschaft grundlegend neu zu ordnen. Im Rahmen des Kapitalismus gehört sie immer zu den Ausgebeuteten, deren Bedürfnisse bestenfalls teilweise befriedigt werden. Manche sprechen heute vom "Ende der ArbeiterInnenklasse", weil speziell in den entwickelten kapitalistischen Ländern der traditionelle Industriearbeiter seltener geworden ist. Tatsächlich gibt es heute aber wesentlich mehr Menschen, die zur ArbeiterInnenklasse gehören, als zu Zeiten von Marx und Engels: VerkäuferInnen, ProgrammiererInnen, Krankenpflegepersonal, Öffentlich Bedienstete. Wir alle haben nichts zu verkaufen als unsere Arbeitskraft. Wir sind gezwungen, diese Arbeitskraft, die letztlich nichts anderes ist als eine Ware, zu verkaufen, um überleben zu können. Daraus ergibt sich ein wesentlicher Widerspruch zu den Interessen der KapitalistInnen: wir wollen möglichst wenig arbeiten für möglichst viel Geld. Die Unternehmen wollen, dass wir möglichst lang arbeiten für möglichst wenig Geld. Ein Widerspruch, der letztlich nur auf Kosten einer Seite gelöst werden kann.

DIE ERSTEN VIER INTERNATIONALEN

Mit der Gründung der I. Internationale 1864 hatten Marx und Engels das Ziel, möglichst breite Teile der ArbeiterInnenklasse in einer internationa-

len Organisation zusammenzubringen. Die Notwendigkeit einer internationalen Organisation war schon damals nicht bloße Romantik, sondern angesichts der internationalen Organisation des Kapitalismus, der Erfahrungen der Revolutionen von 1848 sowie der internationalen Verflochtenheit der Konterrevolution, gegeben. Heute ist es noch deutlicher, dass ein ernsthafter Kampf gegen den Kapitalismus nur im Rahmen einer internationalen Organisation geführt werden kann.

Die 1889 gegründete II. Internationale war der Zusammenschluss von inzwischen gewachsenen Parteien der ArbeiterInnenklasse (u.a. der österreichischen Sozialdemokratie) und hatte im Gegensatz zur I. Internationale eine gemeinsame sozialdemokratische Orientierung, wobei darunter durchaus Unterschiedliches verstanden wurde. Aufgrund des raschen und starken Wachstums dieser Parteien (u.a. der deutschen und österreichischen) hofften viele auf eine geradlinige Entwicklung. Sie meinten, dass ein stetiges Wachstum der Organisation mit einer stetigen Entwicklung in der Gesellschaft einhergehen und letztlich harmonisch zum Sozialismus führen würde. Tatsächlich war und ist dieser Prozess komplizierter. Es gibt wirtschaftliche und politische Entwicklungen, die zu Veränderungen führen, und nicht zuletzt die herrschende Klasse, die ein vermeintliches "Hinüberwachsen" in den Sozialismus gewaltsam verhindert. Ausdruck der Illusion in eine lineare Entwicklung war auch, dass die Führung dieser Parteien Privilegien anhäuften und verbürgerlichte. Das führte letztlich auch zu ihrer nationalistischen und kriegs-bejahenden Position 1914 anlässlich des 1. Weltkrieges. Die Führungen dieser Parteien waren abgehoben, sie hatten Privilegien und einen Lebensstandard, der oft weit über jenem der Mitglieder stand. Für uns ist es daher heute wichtig, derartige Entwicklungen von vorneherein zu verhindern. FunktionärInnen unserer Organisation sind der Mitgliedschaft rechenschaftspflichtig und können jederzeit gewählt und abgewählt werden. In Funktionen verdienen sie nicht mehr, als die Menschen, die sie vertreten sollen. Das gilt für Partei- und Gewerkschaftsbeschäftigte ebenso wie für Mitglieder, die Funktionen in Bezirks- oder Gemeinderäten bzw. in Parlamenten haben. Auch sie verdienen maximal einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn -

wie z.B. Joe Higgins, ein Parlamentsabgeordneter unserer irischen Schwesterpartei.

Als Konsequenz des Verrats der sozialdemokratischen Führungen 1914 entstanden nach dem 1. Weltkrieg Kommunistische Parteien, die sich der 1919 gegründeten III. Internationale anschlossen. Führend waren dabei die "Bolschewiki". Das ist jene Partei, die im Oktober 1917 in Russland die ArbeiterInnenklasse in der Revolution zum Sturz des Kapitalismus geführt hatte. Die Notwendigkeit des Aufbaus revolutionärer Parteien und einer revolutionären Internationale war in den ersten Jahren ein wesentliches Ziel der III. Internationale. Der führende Bolschewik Lenin hatte erkannt, dass die relativ losen Strukturen der sozialdemokratischen Parteien ungeeignet waren, um eine siegreiche Revolution durchzuführen. Er setzte sich für eine Partei geschulter Mitglieder ("Kader"), voller demokratischer Diskussion und einem gemeinsamen Auftreten ("Demokratischer Zentralismus") ein. Vor allem aber unterschieden sich die Bolschewiki wesentlich von den sogenannten linksreformistischen oder zentristischen Parteien der ArbeiterInnenbewegung, wie der österreichischen Sozialdemokratie. Sie beschränkten sich nicht darauf, radikal zu reden, wie es z.B. die VertreterInnen des "Austromarxismus" in den 20er Jahren taten. Sie traten aktiv für den Sturz des Kapitalismus ein und organisierten die ArbeiterInnen in diesem Kampf. Das von Lenin entwickelte und in der Praxis getestete Organisationsprinzip war die Grundlage für die erfolgreiche Revolution in Russland. Andererseits ist dieses Organisationsprinzip nicht, wie oft behauptet wird, für die Entwicklung der Bürokratie und des Stalinismus verantwortlich. Dieser entstand aufgrund der wirtschaftlichen Rückständigkeit Russlands, der Zerstörungen durch Weltkrieg und Angriffe ausländischer Armeen sowie des BürgerInnenkriegs in der Zeit von 1918-21 sowie dem Ausbleiben der Revolution in anderen wirtschaftlich fortgeschritteneren Ländern. In Deutschland und Österreich wurden erfolgreiche Revolutionen von der sozialdemokratischen Führung verhindert.

Die stalinistische Deformation der III. Internationale wurde rasch zum Hindernis für die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung. Dagegen entstand

ausgehend von der Sowjetunion rund um Leo Trotzki die "Linke Opposition", die gegen den Stalinismus und für ArbeiterInnen-Demokratie kämpfte. Sie wies darauf hin, dass die stalinistischen Konzepte vom "Sozialismus in einem Land", von der sogenannten "Volksfront" (mit bürgerlichen Parteien) und der "Sozialfaschismustheorie"³ im Gegensatz zum Marxismus standen und die ArbeiterInnenbewegung international von einer Niederlage in die nächste führten. Das umfasst die wirtschaftlichen Probleme in der Sowjetunion, die gescheiterte Revolution in China 1925-27, den Sieg des Faschismus in Deutschland und Spanien. Der stalinistische Terror ging vor allem ab den 1930er brutal gegen die Opposition vor und versuchte jene zu vernichten, die die besten Traditionen der ArbeiterInnenbewegung und der Russischen Revolution verteidigten. 1938 entstand aus der "Linken Opposition" die 4. Internationale. Trotzki hatte erkannt, dass die von den Stalinisten angewandte Karikatur des Marxismus im Kampf gegen den Faschismus und für die Befreiung der Völker der (ex-)kolonialen Länder keine Lösung hatte.⁴ Nach dem Tod von Trotzki kam es in der 4. Internationale zu einer Reihe von Spaltungen. Den Hintergrund bildete das Ende des 2. Weltkrieges mit einem erstarkten Stalinismus ("Ostblock") und einem langen Nachkriegsaufschwung im kapitalistischen "Westen". Ein wesentlicher Grund für die Schwäche der 4. Internationale war die weitreichende physische Vernichtung durch

3 Unter Stalin verabschiedeten sich die kommunistischen Parteien von der Idee des Internationalismus und erklärten - im Widerspruch zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin - dass der Aufbau von "Sozialismus in einem Land" möglich wäre. Unter "Volksfront" versteht man das Bündnis-Konzept der StalinistInnen. Angesichts des antifaschistischen Kampfes argumentierten sie dafür, sozialistische bzw. antikapitalistische Forderungen fallen zu lassen und ein Bündnis mit den angeblich "fortschrittlichen" Teilen des Bürgertums gegen den Faschismus anzustreben. Das Scheitern dieses Ansatzes wurde insbesondere im spanischen BürgerInnenkrieg deutlich. Vorausgegangen war der Volksfronttheorie die "Sozialfaschismus-Theorie", in der die StalinistInnen behaupteten, Sozialdemokratie und Faschismus wären zwei Seiten derselben Medaille. Dieser Ansatz brachte die Spaltung und damit Schwächung der deutschen ArbeiterInnenbewegung in den 30er Jahren und den Sieg des Faschismus.

4 Wesentliche theoretische Errungenschaften von Trotzki sind die Analyse der Sowjetunion in den 20er und 30 Jahren, die Entstehung der Bürokratie (siehe Buch "Die Verrätene Revolution"), die Taktik zum Kampf gegen den Faschismus (eine Einheitsfront der ArbeiterInnenparteien im Gegensatz zur stalinistischen Volksfront) und die "Theorie der Permanenten Revolution", in der er die Möglichkeiten für eine sozialistische Revolution in wirtschaftlich unterentwickelten Staaten sowie die Gesetzmäßigkeiten revolutionärer Prozesse im imperialistischen Zeitalter untersucht.



Faschismus und Stalinismus. Die zerrütteten schwachen Kräfte konnten oftmals nicht die richtigen Antworten auf die anstehenden Fragen unmittelbar nach 1945 geben. In einigen Fällen führte das so weit, dass unterschiedliche Zweige der 4. Internationale in einigen Situationen auf unterschiedlichen Seiten der Kampflinien standen.

DIE WURZELN DES CWI

Unsere Wurzeln gehen auf eine Reihe von Diskussionen in der 4. Internationale⁵ zurück: Eine Frage war der Charakter der Regime in China und Jugoslawien (die wir als stalinistisch charakterisierten und daher eine politische Revolution für nötig hielten, um ArbeiterInnen- bzw. Räte-Demokratie aufzubauen)⁶. Ein anderer Punkt war die Rolle der

⁵ In Österreich wird die 4. Internationale heute von der SOAL (Sozialistische Alternative) vertreten. Ihre Arbeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die Herausgabe der Zeitschrift "Die Linke". Politisch hat sich die 4. Internationale (auch bekannt als "Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale" - VS oder USFI) heute von ihren Ursprüngen entfernt und ist ein loser Zusammenschluss verschiedener linker Gruppen, die sich oft an verschiedensten Bewegungen unterschiedlicher sozialer Gruppen beteiligt haben.

⁶ Nachzulesen in der Broschüre "Das Programm der Internationale" und "Die Internationale - Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale"

ArbeiterInnenklasse. Teile der 4. Internationale meinten in Folge der 1968er Bewegung, dass anstatt der ArbeiterInnenklasse die Jugendlichen (v.a. StudentInnen) und Guerillabewegungen, von denen es damals sehr viele gab, die Veränderung der Gesellschaft anführen würden. Wir teilten diese Ansicht nicht. Heftig diskutiert wurden auch die ökonomischen Perspektiven. Teile der Führung der 4. Internationale glaubten fälschlicherweise, es könnte zu einer politischen Einigung des gemeinsamen "europäischen Kapitalismus" kommen. Dabei wurden die Differenzen zwischen den verschiedenen europäischen kapitalistischen Staaten, die gerade heute wieder stärker werden, unterschätzt. Die 4. Internationale entschied sich mehrheitlich für einen schwankenden und unserer Ansicht nach falschen Kurs. Letztendlich trennten sich die GenossInnen, die im April 1974 das "Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale" (CWI) gründeten, aufgrund der großen politischen Differenzen von der 4. Internationale.⁷

Diese Prinzipien,

- ▶ dass nur die ArbeiterInnenklasse den Kapitalismus stürzen kann
- ▶ dass dazu eine internationale revolutionäre Organisation mit demokratischen Strukturen und einem geeinten Auftreten notwendig ist, sowie
- ▶ dass der Kampf gegen die verschiedenen Formen des Reformismus (die sozialdemokratische Variante ebenso wie die stalinistische) zum Wiederaufbau der Bewegung nötig ist,

sind ebenso wesentliche Grundlagen für unsere Arbeit wie der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus. Das alles ist kein "Schnee von Gestern", sondern hochaktuell und sehr praxisorientiert. Das soll anhand unserer Geschichte gezeigt werden.

7 Mehr zur Geschichte unserer Internationale, des CWI in der Broschüre zum Thema

PRINZIP UND NOTWENDIGKEIT DES INTERNATIONALISMUS: DER ERSTE KONTAKT 1981

Der Beginn unserer Arbeit in Österreich war beim Treffen der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) 1918, an dem etwa 12.000 Jugendliche von allen Kontinenten teilnahmen, darunter auch Mitglieder des CWI aus Britannien, Deutschland und Schweden. Dazu der Bericht von Mike Waddington, einem britischen Genossen, der damals mit dabei war:

“1981 zum Zeitpunkt des IUSY Festivals in Wien war das CWI gerade einmal sieben Jahre alt. Aber für mich als damals jungen Sozialisten war das Ganze schon sehr lebhaft in meiner Vorstellung. Der Höhepunkt unserer Konferenzen war immer der ‚CWI-Bericht‘, wo wir die Verbreitung unserer Ideen anhand dem Anwachsen unserer Kräfte in vielen Ländern messen konnten. Dabei wurde immer besonders betont, wie wertvoll und wichtig jeder internationale Kontakt und jede Gelegenheit sein kann. Schließlich konnten zufällige Begegnungen mit Leuten, die ähnliche Ideen wie wir hatten, zu neuen Mitgliedern oder sogar Sektionen führen. Dass wir damals noch eher klein waren, beunruhigte niemanden, weil wir von unseren Ideen überzeugt waren; alles was wir brauchten waren Chancen. Als schließlich meine Partnerin Kim und ich gefragt wurden, ob wir uns der LPYS- Delegation (= Labour Party Young Socialists, entspricht der Sozialistischen Jugend, Anm.) für das IUSY-Festival anschließen wollen, gab es für uns nur ein ‚klares Ja‘⁸. Damit waren wir zwei von 25 jungen SozialistInnen, die für eine Woche zum Festival der Internationalen Sozialistischen Jugend (IUSY) nach Wien gefahren sind. Soweit ich mich erinnern kann, haben nur zwei von uns Deutsch gesprochen. Dafür haben wir, was weit wichtiger war, alle fließend ‚soziali-

⁸ Die "Militant"-Strömung, die VertreterInnen des CWI in Britannien, hatte seit Anfang der 70er Jahre eine Mehrheit in der LPYS.

stisch' gesprochen. In Wien trafen wir uns dann mit einigen deutschen GenossInnen aus Köln und ein paar schwedischen Mitgliedern.

Bei der Vorbereitung setzen wir uns gründlich mit den sozialistischen Traditionen in Österreich auseinander - der Revolution von 1918, dem großartigen Kampf gegen den Faschismus und dem scharfen Widerstand der ArbeiterInnenklasse. Traditionen also, die im offiziellen Geschichtsunterricht in Britannien nur wenig oder gar nicht vorkamen. Dazu kam dann noch die Tatsache, dass Trotzki selbst einige Jahre in Wien lebte und am politischen Geschehen teilnahm. Für uns bedeutete das ein Gefühl, den revolutionären Faden wieder aufzunehmen und mit heute zu verknüpfen. Nach unserer Ankunft begannen wir jeden Tag mit einer Diskussion über die aktuelle Situation in Britannien. Thatcher zog ihr neoliberales Ding durch und isolierte sich damit zunehmend; in manchen Teilen Britanniens brachen Unruhen aus. Die Labour Party wurde nach links gedrückt und es entbrannte ein politischer Kampf um die Position des Fraktionsführers, der die ganze Partei polarisierte und die Parteilinke stärkte. Schließlich beendeten wir auch jeden Tag wieder mit einer Diskussion was wir an diesem Tag gemacht hatten, wen wir getroffen hatten und welche Auseinandersetzung es mit der bürokratischen Führung der IUSY gegeben hatte.

Bei der IUSY Demonstration wurde die LPYS Delegation an das hintere Ende der Demo im Block der "anderen Organisationen" beordert und uns keine RednerIn bei der Kundgebung gegeben. Der Schuss ging aber nach hinten los. Als wir am Ort der Abschlusskundgebungen mit unseren Transparenten ankamen, hatten sich schon einige österreichische JungsozialistInnen (darunter unsere "Gastgeber") unserem Block angeschlossen. Wir zogen dort die Internationale singend unter massivem Applaus und Zurufen der Umherstehenden ein. Das erzeugte um uns herum eine derartige Begeisterung, dass sogar der 'offizielle' Teil auf der Rednertribüne unterbrochen wurde. Die Stimmung und der Einzug waren ganz nach unserem Geschmack! Natürlich servierten uns die IUSY-BürokratInnen kehrwendend die Rechnung dafür, indem sie kurzer Hand unseren Rücktransport in unsere Unterbringung stornierten. Es blieb uns also gar nichts anderes übrig, als mit einer ganzen Armada von Taxis und einer dementsprechend fetten

Taxirechnung für diese Bürokraten nach Hause zu fahren. Wegen dieser Aktion hatten wir dann beschlossen, nicht mit nach Mauthausen zur Besichtigung des Konzentrationslagers zu fahren. Es schien uns für die BürokratInnen einfach zu verlockend, uns dort auch einfach ‚zurückzulassen‘.

Die österreichischen GenossInnen, die sich um uns kümmerten, waren sehr zuvorkommend und organisierten für den Abend eine Veranstaltung, auf der wir sprechen konnten. Kim und ich waren für den Büchertisch verantwortlich und wir hatten Stellungnahmen, Broschüren etc. zu fast allen erdenklichen Themenbereichen mitgebracht - über Sozialismus, Nukleare Abrüstung, die Sowjetunion, die Gewerkschaftsbewegung in Polen (Solidarnosc) und natürlich auch jede Menge über Britannien und Nordirland. Bei der Diskussion um die Nordirland-Frage zeigten sich unterschiedliche Standpunkte. Einige GenossInnen der Sozialistischen Jugend sahen in der IRA eine nationale Befreiungsarmee wie die PLO zu diesem Zeitpunkt eine war. Um das Thema ausführlicher diskutieren zu können wurde schließlich ein eigenes Treffen organisiert. Wir erklärten dort unsere Forderung von der Notwendigkeit einer Vereinigung der ‚geteilten‘ ArbeiterInnenklasse. Dieser Standpunkt war für viele Anwesenden neu und es konnten auch nicht alle überzeugt werden. Aber die anschließenden Gespräche zeigten, dass wir von vielen nun unter einem anderen Blickwinkel mit einer konsequenten Analyse betrachten wurden.

In Britannien hatte zu diesem Zeitpunkt Massenarbeitslosigkeit wieder Einzug gehalten und Millionen hatten ihren Job verloren. Die Regierung hatte im Kielwasser dieser Entwicklung ein so genanntes ‚Youth Opportunities - YOPS‘ Programm verabschiedet. Konkret hieß das aber nichts anderes als leicht auszubeutende billige Arbeitskräfte mit lausiger Bezahlung, die von den Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen ausgenommen waren. Eine Zahl von Betroffenen dieses Programms starb auch am Arbeitsplatz. Diese Erfahrungen brachten wir dann auch bei den Arbeitskreisen und Workshops zum Thema Arbeitslosigkeit ein. Die Krise und was Kapitalismus nach dem Nachkriegsaufschwung wirklich hieß, hatte damals schon Britannien erreicht. Es war gerade dabei, auf ganz Westeuropa überzuschwappen. Wir machten klar, dass nur eine wirkliche sozialistische Kampagne die ArbeiterInnenklasse am Kontinent vor dieser Entwicklung bewahren konnte - dazu brauchte es

aber ein sozialistisches Programm! Damit fanden wir großes Interesse und Zustimmung beim Publikum, was die Bürokraten wieder auf den Plan rief. Mitten im Redebeitrag eines Genossen von uns auf dem Podium wurde das Mikrofon abgedreht. Er machte klar, dass er mit seinem Beitrag noch nicht zu Ende sei und die Zustimmung beim Publikum stieg noch weiter.

Der springende Punkt war damals, uns mit so vielen Menschen wie möglich zu treffen und zu diskutieren. Die Leute kamen zu unserem Büchertisch und die GenossInnen boten unsere Zeitung und Broschüren an - daraus ergaben sich viele Diskussionen. Dabei luden wir sie zu unserer Veranstaltungen am Ende Woche ein und mit den ernsthaftesten diskutierten wir in der Unterbringung teilweise bis in die Morgenstunden und verzeichneten bald unseren ersten Beitritt.

Am Ende der Woche hatten wir dann noch ein internationales Meeting. Ken Smith (jetziger Chefredakteur unserer britischen Zeitung ‚The Socialist‘) sprach für unsere Delegation. Es folgten Beiträge von GenossInnen aus Schweden und Deutschland. Und schließlich berichtete unser erster österreichische Genosse davon, wie und warum er und andere sich entschlossen hatten, beizutreten und den Kampf für ‚echten‘ Sozialismus in Österreich aufzunehmen. Ich kann mich noch erinnern, wie er sagte: ‚Wir haben bereits damit begonnen unser erstes Übergangsprogramm zu schreiben‘ (er sprach aber auf Englisch). Ja, das versetzte uns in ziemlich gute Stimmung und ich sagte zu mir: Mission erfüllt!

Wien 1981, das sind für mich sehr schöne Erinnerungen. Die Tatsache, dass ich mich nach all den Jahren noch so gut an Einzelheiten erinnern kann, zeigt, welch tiefen Eindruck die Ereignisse auf mich und die anderen GenossInnen hinterlassen haben. Es war der Anfang. Die Anerkennung, dass es heute eine florierende österreichische Sektion und Partei gibt, habt ihr euch verdient. Unser Anteil daran ist klein - eine Woche intensiver Aktivitäten. Es ist aber eure tagtägliche Arbeit, die euch die Erfolge gebracht hat.“ (22.5.2004)

DER AUFBAU - KEIN GERADLINIGER WEG

Nachdem die ersten GenossInnen gewonnen waren, begannen wir mit der politischen Arbeit. Die Entwicklung verlief allerdings nicht geradlinig, sondern mit Fortschritten und Rückschlägen. In der ersten Hälfte der 80er Jahre verlief die Entwicklung recht unregelmäßig. Es wurden immer wieder neue Mitglieder in und außerhalb Wiens gewonnen, aber auch wieder verloren. Neben viel Enthusiasmus, den die "VorwärtslerInnen" damals mitbrachten, fehlte es an Erfahrung und auch an der politischen Grundlage. Die Schulung und Ausbildung war daher, wie auch heute, ein wesentliches Element der politischen Arbeit. Diese Schulungen fanden zu einem wesentlichen Teil mit Unterstützung von Mitgliedern anderer Sektionen des CWI (v.a. aus Deutschland und Britannien) statt. Die Geschichte der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung und die Gründe für Siege und Niederlagen wurden ebenso studiert wie die "Klassiker des Marxismus" - also Werke von Marx, Engels, Lenin, Trotzki und anderen. Wir legten immer Wert darauf, Theorie nicht zu einem abgehobenen Dogma werden zu lassen, sondern als Anleitung zum konkreten Handeln zu verstehen.

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER GESCHICHTE DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERINNENKLASSE

Ein wichtiger Teil der Ausbildung war auch die politische Auseinandersetzung in der SJ, die sich damals in großen Teilen als "marxistisch" verstand. Einerseits gab es eine große Anlehnung an den "Austromarxismus", andererseits insbesondere in Oberösterreich einen stalinistischen Flügel. "Marxismus"-Schulungen und die Werke von Otto Bauer gehörten zur Grundausrüstung. Da es große Illusionen in der SJ in diese beiden reformistischen Strömungen gab, war eine ernsthafte Auseinandersetzung damit notwendig. Wir wiesen auf die Fehler des Austromarxismus sowie des Stalinismus hin, die letztlich den Sieg des Faschismus ermöglichten. Die Illusionen in den Austromarxismus - und

VORWÄRTS
 1934

INTERNATIONALE DER ARBEITER*INNEKLASSE
 Sozialistische Weltbewegung

Freitag, 12. April 1934, 10. Jahrgang, Nr. 15

35 STUNDEN - WOCHEN JETZT!

Die ArbeiterInnen fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche als erste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.



INHALT

Die 35-Stunden-Woche 1
 Die ArbeiterInnen fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche als erste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die ArbeiterInnen fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche als erste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

VORWÄRTS
 1934

INTERNATIONALE DER ARBEITER*INNEKLASSE
 Sozialistische Weltbewegung

Sozialabbau trifft uns alle! Gegenwehr!



Die ArbeiterInnen fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche als erste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

INHALT

Die 35-Stunden-Woche 1
 Die ArbeiterInnen fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche als erste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

hier insbesondere in die Errungenschaften des "Roten Wiens" - waren enorm. Tatsächlich hatte die österreichische Sozialdemokratie aber 1918 eine Revolution nach russischem Vorbild verhindert. Um die Erwartungen und Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse, die bereit gewesen waren, den Kapitalismus zu stürzen, nicht völlig zu enttäuschen, wurden im Rahmen des "Roten Wiens" eine Reihe von Sozialreformen umgesetzt. Gleichzeitig wich die Sozialdemokratie aber vor den Angriffen der KapitalistInnen immer weiter zurück und lies die ArbeiterInnenklasse bei Auseinandersetzungen im Stich, wie 1927 bei den Protesten gegen die Freisprache zweier Arbeitermörder, 1933 bei der Auflösung des Parlaments und 1934 im BürgerInnenkrieg gegen den Austrofaschismus. Wir zeigten die Verbrechen des Stalinismus auf und erklärten, dass diese "realsozialisti-



schen” Staaten im Gegensatz zu einer sozialistischen Gesellschaft standen und entweder durch eine weitere, sogenannte “politische Revolution” die Bürokratie gestürzt und eine echte sozialistische Gesellschaft oder letztlich der Kapitalismus wieder errichtet werden würden. Die Ereignisse 1989-91 sollten zeigen, dass wir recht hatten. Viele, die damals den Stalinismus verteidigt hatten, sind heute VerfechterInnen einer neoliberalen Politik.

DIE ZEITUNG “VORWÄRTS” ALS ZENTRALER ORGANISATOR

Unsere mangelnde Erfahrung führte natürlich auch zu Fehlern und Rückschlägen. Dennoch hatte sich Mitte der 80er Jahre eine relativ stabile Führung entwickelt. Die Auf- und Abwärtsbewegungen zeigen sich u.a.

daran, wie regelmäßig unsere Zeitung “Vorwärts” erschien. Erst im März 1983 konnte die erste Ausgabe erscheinen, bis Mitte 1984 erschienen weitere fünf Ausgaben, erst ab 1989 (Nr. 15) erschien Vorwärts regelmäßiger und häufiger (bis 1993 fünf bis sechsmal im Jahr). Seit 1993 bringen wir Vorwärts im Großformat und mit rotem Kopf als Monatszeitung heraus. Die Herausgabe einer Zeitung ist für die Verbreitung sozialistischer Ideen unerlässlich. Auch heute kann dies nicht durch das Internet ersetzt werden. Eine Zeitung ist, wie Lenin es in der Sprache seiner Zeit formuliert hat, “kollektiver Organisator, Agitator und Propagandist”. Soll eine Zeitung mehr dienen als der journalistischen Selbstbefriedigung, ist die kollektive Diskussion von politischen Inhalten nötig. Die Zeitung hat in einer sozialistischen Organisation auch die Aufgabe, die Erfahrungen in Kämpfen zu bündeln, zu analysieren und aufzuzeigen, welche nächsten Schritte notwendig sind. Wir haben uns daher nie darauf beschränkt, Entwicklungen nur zu kommentieren, sondern haben stets versucht, konkrete Anregungen zu machen und in die Kämpfe einzugreifen.

ARBEIT IN DER SOZIALDEMOKRATIE

Am Beginn unserer Arbeit waren wir eine kleine Gruppe von SozialistInnen. Es stellte sich die Frage: wo mit der Arbeit anfangen? Wir waren in unserer Arbeitsweise immer sehr flexibel und haben sie an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Kernpunkt war immer, ein eigenständiges politisches Profil zu haben und keine faulen Kompromisse einzugehen. Wir entschlossen uns damals zu einer kombinierten Arbeitsweise: einerseits die unabhängige Arbeit rund um die Zeitung “Vorwärts”, mit der wir immer wieder unabhängige Veranstaltungen (“LeserInnentreffen”) und Kampagnen durchführten, andererseits entschieden wir uns zur Arbeit in der Sozialdemokratie, da vor allem die SJ damals im Gegensatz zu heute eine große und linke Organisation mit tausenden AktivistInnen war.

DER “ENTRISMUS”

Als kleine revolutionäre Gruppe entschieden wir uns zu einer Taktik, die Trotzki in den 30er Jahren entwickelt hatte - den “Entrismus”. Wenn es Massenparteien der ArbeiterInnenbewegung gibt und die revolutionären Kräfte sehr schwach sind, kann es Sinn machen, in diesen Massenparteien zu arbeiten. Man solle dort sein, wo die fortgeschrittensten Schichten der ArbeiterInnenklasse und der Jugend sind bzw. wohin sie sich in kommenden Klassenkämpfen orientieren werden. So kann man für sozialistische Ideen und den Aufbau einer sozialistischen Organisation gewinnen. In den 70er und 80er Jahren war die SPÖ noch eine ArbeiterInnenpartei, für die ArbeiterInnen “ihre” Partei. Der Titel der Nullnummer von Vorwärts lautete “Für SPÖ-Alleinregierung” (1983), 1987 titelten wir “SPÖ was nun?” und 1990 riefen wir auf “SPÖ wählen, SPÖ verändern”. Die Mitglieder der jetzigen SLP haben seit Anfang der 80er Jahre in der SPÖ gearbeitet, nicht als unkritische Anpaßler, sondern als kritische und kämpferische Opposition. Im Gegensatz zu heute war die SPÖ damals eine ArbeiterInnenpartei und die SJ eine starke und politische Organisation. Wir haben mit den kämpferischsten Jugendlichen, die sich damals in der Sozialistischen Jugend (SJ) organisierten, zusammengearbeitet. Wir begannen unsere Arbeit in der SJ Favoriten (Wien) und bauten im Laufe der Zeit mehrere starke und kämpferische SJ-Gruppen in Wien (in den Bezirken Margareten, Mariahilf, Liesing, Brigittenau, Landstraße), Niederösterreich, Wels, Salzburg und Vorarlberg auf. Unser Ziel war es, linke Jugendliche für marxistische Ideen und den Aufbau einer revolutionären Partei zu gewinnen.

GEFAHREN DES “ENTRISMUS”

Obwohl der “Entrismus” die damals richtige Taktik war, birgt er auch immer Gefahren in sich. Die Arbeit in einer reformistischen Organisation, wie damals der SJ/SPÖ bedeutet einen enormen Druck. Wozu soll man mühsame revolutionäre Kleinarbeit machen, wenn es doch möglich ist,

mit einem “bisschen-weniger-radikalen-Programm” eine Funktion in der SPÖ zu bekommen und dann dort alles zu verändern? Der “Gang durch die Institutionen” ist eine Taktik, die verlockend klingt. Aber sie funktioniert nicht. Viele haben diesen Weg schon versucht, alle sind daran gescheitert. Auch wir haben Erfahrung gemacht mit jenen, die hofften, es würde reichen, die SPÖ nach links zu verändern. Einflussreiche Positionen in einer reformistischen Partei erhält man nur, wenn man/frau sich entweder von revolutionären Ideen verabschiedet oder eine starke organisierte Basis hat, mit deren Unterstützung man/frau sich eine Position erkämpft. Eine organisierte Basis ist auch deshalb nötig, um unter deren Kontrolle das Abgleiten Richtung Reformismus zu verhindern. Unumgänglich ist dabei die Gefahr, sodann ausgeschlossen zu werden. Am Anfang des Vorwärts stand die Diskussion über das Verhältnis von unserer Arbeit in der SJ und unserem eigenen Aufbau. Jene, die meinten, unsere eigenen Strukturen und Diskussionen dienten letztlich nur dazu, besser in der SJ arbeiten zu können, trennten sich bald wieder vom CWI. In Folge versuchten wir immer, unseren AktivistInnen das politische Handwerkszeug zu vermitteln, um das Ziel, eine revolutionäre, marxistische Organisation aufzubauen, nicht aus den Augen zu verlieren. Um dem Druck von Seiten der Bürokratie widerstehen zu können, muss jede “Verhaberung” vermieden und immer auf ein klares politisches Programm ohne faule Kompromisse Wert gelegt werden. Dies ist nur möglich mit der Unterstützung einer politischen Struktur, die sich dieses Drucks und der Gefahren bewusst ist. Das gilt gerade auch heute für die Arbeit in den Gewerkschaften.

Wir waren während unserer Zeit in der SJ IMMER politisch und finanziell unabhängig von SJ und SPÖ und ihrer bürokratischen Führung. Vorwärts erschien immer als unabhängige Zeitung, finanziert(e) sich aus dem Verkauf und Spenden und hat nie Geld von irgendeiner Struktur der SPÖ erhalten. Die finanzielle Unabhängigkeit war immer sehr wichtig, um keine politischen Zugeständnisse machen zu müssen. Verschiedene Organisationen wie SJ, AKS oder auch KJ und GAJ⁹ stellen Jugendlichen

⁹ Die Sozialistische Jugend (SJ) ist neben der JG, eine der Jugendorganisationen der SPÖ. Die Aktion Kritischer SchülerInnen (AKS) ist die SPÖ-SchülerInnenorganisation. Auch wenn die AktivistInnen

leicht Räumlichkeiten und Geld zur Verfügung, um linke Arbeit zu machen. Viele haben aber auch schon die Erfahrung machen müssen, dass die Geldhähne sehr rasch zuge dreht werden, wenn die politischen Positionen zu kritisch werden. Die finanzielle Abhängigkeit von einer Organisation führt zu politischen Beschränkungen. Wer ernsthafte sozialistische und revolutionäre Arbeit macht, wird mit diesen Barrieren in den genannten Organisationen rasch Bekanntschaft machen. Weil wir zu keinen politischen Zugeständnissen bereit waren, war die Zeitung Vorwärts vom ersten Tag an finanziell unabhängig. Wir waren dadurch nicht erpressbar.

OFFENSIV FÜR EINE MARXISTISCHE SJ

Unsere konsequente sozialistische Arbeit bedeutet eine ständige Konfrontation mit der rechten Führung der SJ. Am 8. Juni 1991 stellten die SJ-Bezirke Margareten und Brigittenau eine Resolution an die Landeskonferenz der SJ-Wien. Wir forderten offensive sozialistische Außenarbeit und die Überwindung der Spaltung von Jugendlichen in SchülerInnen und Lehrlinge. Besonders sprachen wir uns unter dem Titel "Marx statt Management" gegen unpolitische Organisationskonzepte der SJ-Führung aus und forderten eine Demokratisierung der SJ; konkret eine Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen und Diskussionsprozesse, in die die Mitgliedschaft eingebunden ist. Ein wichtiger Punkt der Resolution lautete: "Aufbau eines linken Flügels in der SPÖ: Die Rückeroberung der SPÖ für den Marxismus ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft. Der SJ kann dabei eine zentrale Rolle zufallen. Sie muss die Zusammenarbeit mit allen Linken in der Partei suchen und muss versuchen, kämpferische Jugendliche für die Bewegung zu gewinnen. Sie muss sich klar abgrenzen vom jetzigen Kurs (gemeint ist: der SPÖ-

immer auf ihre Unabhängigkeit von der SPÖ pochen, ist sie von dieser finanziell abhängig. Die Kommunistische Jugend (KJÖ) ist die Jugendorganisation der KPÖ. Die Grün Alternative Jugend (GAJ) ist die Jugendorganisation der Grünen, die erst kürzlich um die Frage von finanziellen Ressourcen in einen ersten Konflikt mit der Mutterpartei gerieten. Die Grünen befinden sich in Oberösterreich in Koalition mit der ÖVP.

Parteiführung) und ein eigenständiges sozialistisches Programm offensiv nach innen und außen vertreten.“

Die Rechtsentwicklung der SPÖ war damals offensichtlich, aber weil die SPÖ v.a. von ArbeiterInnen noch als ihre Partei gesehen wurde, gab es noch Hoffnungen und Erwartungen. Wir erklärten, dass für sozialistische Politik eine organisierte Opposition mit sozialistischem Programm notwendig wäre, die auch für ArbeiterInnen und Jugendliche außerhalb der Partei ein Attraktionspol wäre. Eine solche Opposition wäre aber wohl nicht lange in der SPÖ geblieben, sondern rasch ausgeschlossen worden. Weder in der SJ noch in der SPÖ gibt es ein Fraktionsrecht, der Aufbau einer organisierten Opposition kann daher leicht zu einem Ausschluss führen. Ein Kurswechsel war ohne organisierter Opposition nicht möglich. Diese mußte den Anspruch auf ein sozialistisches Programm erheben, inklusive dem Anspruch, die rechte Parteiführung mit VertreterInnen einer sozialistischen Politik zu ersetzen. Das hätte letztlich eine völlig neue Partei bedeutet.

1991 wurde die Resolution mehrheitlich angenommen. Das war ein Warnsignal für die SJ-Wien-Führung. Sie versuchte, die SJ auf SPÖ-Linie zu halten. Damals gab es in der SJ zwar unterschiedliche Flügel, an der Führung war aber eine bürokratische Schicht, der es weniger um Inhalte als um Posten ging. Viele, die damals einen Kampf gegen sozialistische Ideen und GenossInnen von Vorwärts führten, haben heute gutbezahlte Positionen in und durch die SPÖ.¹⁰ Die Bürokratie in SJ und SPÖ sah auch internationale Beispiele, wo MarxistInnen Mehrheiten bei den JungsozialistInnen gewonnen und diese zu kämpferischen Organisationen gemacht hatten. Das betraf die „Militant-Tendenz“, (jener Strömung, der auch Vorwärts angehörte) in Britannien und Irland.

WIR WERDEN POLITISCH EIN PROBLEM FÜR DIE SPÖ-SPITZE

Die SPÖ befand sich damals in einer Kampagne für den EU-Beitritt

¹⁰ Sonja Wehsely ist heute amtsführende Stadträtin der SPÖ-Wien, Andreas Schieder SPÖ-Gemeinderat, Kai Jan Krainer SPÖ-Nationalrat und Martina Ludwig SPÖ-Gemeinderätin.

(damals EG = Europäische Gemeinschaft). Dieses Projekt des europäischen Kapitals war keineswegs unumstritten. Das letzte, was die SPÖ damals gebrauchen konnte, war eine organisierte Opposition dagegen. Vorwärts schrieb dazu “Nein zu EG und EWR (Europäischer Wirtschaftsraum, Anm.)” (Nr. 27, 1991) und “Deshalb ein klares Nein zum EG-Beitritt” (Nr. 31, 1992). Wir organisierten eine erfolgreiche Kampagne in- und außerhalb der SJ gegen den EG-Beitritt. Wir erklärten, warum die EG/EU kein Friedensprojekt ist und die Hoffnungen in eine europäische Sozialunion angesichts der Rolle der EU nur Illusion sind. Aufgabe der EG/EU war und ist, die Bedingungen für die KapitalistInnen zu verbessern. Heute hat sich gezeigt, dass wir recht hatten. Die EU-Länder beteiligten sich aktiv an diversen Kriegen, standen in den diversen Balkankonflikten wie auch im Irakkrieg teilweise auf unterschiedlichen Seiten, und auch innerhalb der EU ist es nicht sicherer und friedlicher geworden. Die soziale Situation hat sich in den EU-Staaten dramatisch verschlechtert. Massenarbeitslosigkeit, Armut und Kahlschlag bei Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem sind die Regel. Wir hatten mit unserer Warnung leider Recht.

DIE AUSSCHLÜSSE

Da sich die SPÖ, und damit auch die BürokratInnen und KarrieristInnen in der SJ, auf das Projekt EG/EU eingeschworen hatte, sollten KritikerInnen mundtot gemacht werden. Generalstabsmäßig organisiert wurden Vorwärts-UnterstützerInnen im Frühjahr 1992 ausgeschlossen. Die fadenscheinigen Begründungen gingen bis zur Verleumdung, wir hätten der SJ Geld gestohlen. Fünf SJ-Wien Mitglieder wurden ausgeschlossen¹¹, fünf SJ-Bezirksorganisationen in Wien (insgesamt 7 Gruppen) wurden aufgelöst¹², mehrere hundert Mitglieder erhielten Heimverbot. Die organisatorischen Argumente (“organisationsschädigendes Verhalten”) für unsere Ausschlüsse dienten dazu, die politischen Differenzen zu verdecken.

11 John Evers, Michael Gehmacher, Sonja Grusch, Andrea Koch, David Mum

12 Brigittenau, Landstraße, Liesing, Margareten, Mariahilf



Die fünf Ausgeschlossenen bei einer Veranstaltung zum Thema.

Wir wurden eineinhalb Wochen vor der Landeskonferenz der SJ-Wien ausgeschlossen, auf der die "Vorwärts-Bezirke" ein Drittel der Delegierten hatten. Unter den Ausgeschlossenen befanden sich der Kandidat für den Landesvorsitzenden, den Landessekretär und zwei Kandidaten für den Vorstand. Die SJ Bürokratie wollte sicher gehen, dass die SJ der SPÖ Linie für einen EG-Beitritt folgte. Darüber hinaus peitschte sie Anträge durch, die die Aufhebung der Beamtenpension und der Pragmatisierung forderte (Maßnahmen, die ÖVP/FP/BZÖ nun durchsetzen).

DIE VERBÜRGERLICHUNG DER SPÖ

Unsere Ausschlüsse kamen nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt. Neben dem EG-Beitritt und der "Gefahr", dass die SJ-Wien eine marxistische Führung erhalten könnte, fand in dieser Periode eine grundlegende Veränderung der SPÖ statt. Rund 100 Jahre war die Sozialdemokratie DIE Partei der österreichischen ArbeiterInnenklasse. Trotz ihrer Politik im Sinne des Kapitals

(1914, 1918, 1950 aber auch 1927, 1934)¹³ wurde sie von der Klasse lange Zeit als "ihre" Partei gesehen. Der Charakter einer Partei ist von einer Reihe von Faktoren bestimmt, die in ihrer Gesamtheit, ihrer Wechselwirkung und in ihrer Entwicklung betrachtet werden müssen. Berücksichtigt werden müssen Geschichte und Tradition, Programm, praktische Politik, ihre Mitglieder-, FunktionärInnen- und WählerInnenbasis, die Verbindung zu den Gewerkschaften und nicht zuletzt, wie sie von der ArbeiterInnenklasse selbst gesehen wird. Eben weil nicht nur ein Faktor zur Charakterisierung reicht, sind weder die FPÖ mit ihrer in den 1990er stark proletarischen WählerInnenbasis, noch die US-Demokraten mit ihrer Gewerkschafts-Unterstützung ArbeiterInnenparteien.

Seit Ende der 1970er Jahre wurden die ökonomischen Spielräume für Zugeständnisse an die ArbeiterInnen enger. Es kam zur Umverteilung von unten nach oben. Die SPÖ war in den 80ern und 90ern treibende Kraft neoliberaler Politik. Das Ergebnis ist, dass sich ArbeiterInnen und Jugendliche von der SPÖ abwenden und ein wachsender Teil sie nicht mehr als "ihre" Partei sieht. Ein weiterer Unterschied ist das Fehlen einer relevanten organisierten Parteilinken, die in der Vergangenheit Attraktionspol für kämpferische ArbeiterInnen war. Die Partei überalterte zunehmend, die Sektionen leerten sich und die Treffen wurden immer unpolitischer. Auch die Bindung zur Gewerkschaft wird schwächer und zeigt sich in Kommentaren gegen Arbeitskämpfe. Auch wenn es noch starke personelle Überschneidungen gibt, so ist die SPÖ-nahe Gewerkschaftsspitze immer mehr gezwungen, sich primär als "Gewerkschaft" und weniger als Partei zu sehen.

¹³ 1914 beteiligte sich die SPÖ (damals SDAPÖ) an der nationalistischen Hetze gegen die Kriegsgegner Österreichs (somit gegen die ArbeiterInnen anderer Länder) und unterstützte die herrschende Klasse und den Kaiser in ihrer Kriegspolitik. 1918 tat die SDAPÖ alles, um eine sozialistische Gesellschaftsveränderung nach dem Vorbild der Russischen Revolution von 1917 zu verhindern und erklärte, die Zeit wäre für Sozialismus noch nicht reif, da jetzt erst mal die bürgerliche Demokratie her müsste. 1927 und 1934 ging die Führung der SDAPÖ angesichts der immer frecheren An- und Übergriffe der "Christlich-Sozialen" bzw. Austrofaschisten in die Defensive, anstatt die ArbeiterInnen, die zum Kämpfen bereit waren, anzuführen. 1950 setzte die SPÖ die Lohn-Preisabkommen mit durch. Diese erlaubten dem österreichischen Kapital, sich auf Kosten der ArbeiterInnen zu bereichern. Der Einfluß der SPÖ im ÖGB wurde gegen den Oktoberstreik benutzt, als sich ArbeiterInnen gegen die Reallohnverluste zur Wehr setzten.

Diese Veränderung der SPÖ ist insofern nicht abgeschlossen, als sich nach wie vor ArbeiterInnen in ihr befinden, wobei sich die Unterstützung v.a auf das Wählen der SPÖ als das “kleinere Übel” beschränkt. Sie ist indes insofern abgeschlossen, als die Richtung der Entwicklung eindeutig und die Rückgewinnung der SPÖ durch die ArbeiterInnen mehr als unwahrscheinlich ist. Die SPÖ kappt ganz bewusst Verbindungen zur organisierten ArbeiterInnenbewegung, um dem Druck aus der Klasse nicht mehr ausgesetzt zu sein. Insbesondere Jugendliche und kämpferische ArbeiterInnen sind zunehmend angewidert von der SPÖ. Dass die SPÖ in Ermangelung einer Alternative bei Wahlen gewinnen kann, ist möglich. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass sie deswegen wieder zu einer “ArbeiterInnenpartei” wird. Von kämpferischen Teilen der ArbeiterInnenklasse und Jugend wird die SPÖ heute als eine der Parteien des Establishments gesehen, die sich nicht wesentlich von den anderen unterscheidet.

DER AUFSTIEG DER FPÖ

Parallel zur endgültigen Verbürgerlichung der SPÖ verlief der Aufstieg der FPÖ. Der Erfolg der FPÖ kann nicht auf das Phänomen Haider reduziert werden. Haider war nicht die Ursache für den Aufstieg der FPÖ, wenn er auch die sich öffnenden Möglichkeiten optimal ausnutzte. Die Privatisierungspolitik der SPÖ vernichtete in den ehemaligen Hochburgen durch die Zerschlagung der Verstaatlichten zehntausende Arbeitsplätze. Der massive Sozialabbau der 90er Jahre traf insbesondere die sozialdemokratischen Kernschichten. Rassistische Anti-MigrantInnenpolitik führte zu Endsolidarisierung. Das war die Basis für den FPÖ-Aufstieg. Weil wachsende Teile der ArbeiterInnenklasse die SPÖ nicht mehr als “ihre” Partei sahen, konnte die FPÖ bei eben diesen gewinnen. Für MarxistInnen wurde deutlich, dass die Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnenklasse nicht mehr mit, sondern durchwegs gegen die SPÖ-geführte Regierung notwendig war. Die ehemalige ArbeiterInnenpartei verlor zunehmend ihre Basis in der ArbeiterInnenklasse und wurde zur Trägerin neoliberaler und



rassistischer Politik. Dies war keine vorübergehende “falsche” Politik der Parteiführung. Es war Ausdruck der engeren Spielräume des Kapitalismus und des Drucks der Herrschenden, durch den die SPÖ verbürgerlichte. Während sie früher eine lebendige und zumindest teilweise demokratische Partei mit bis zu 700.000 Mitgliedern gewesen war, ist sie heute auf Wahlebene höchstens noch das kleinere Übel. Aktivität und Begeisterung für die SPÖ gibt es unter ArbeiterInnen kaum.

DISKUSSIONEN ZUR SPÖ IN UNSEREN REIHEN

Diese Entwicklung kam nicht über Nacht. Die vielschichtige Entwicklung führte auch in unseren Reihen zu vielen Diskussionen. Mitte der 90er Jahre analysierten wir, dass jene Schichten der ArbeiterInnenklasse, die in den kommenden Kämpfen eine Rolle spielen würden, sich immer weniger in der SPÖ befanden. Diese Analyse führte dazu, dass sich die Wege zwischen

der Gruppe rund um die Zeitung Vorwärts und jenen, die heute die Funke-Strömung bilden, in Politik und Strategie trennten¹⁴

Während die GenossInnen des Funke keine grundlegende Veränderung der Sozialdemokratie sehen und bis heute in SJ und SPÖ aktiv sind, hatte sich die Vorwärts-Gruppe entschieden, künftig als eigenständige sozialistische Organisation aufzutreten. Dies war nicht Zufall oder Beliebigkeit, sondern aufgrund der geänderten Lage weltweit und in Österreich das Ergebnis ausführlicher Diskussionen. Die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit sowie der Gegenwart bestätigen die Richtigkeit dieser Entscheidung. Die Klassenkämpfe gegen Pensionsraub und ÖBB-Zerschlagung des Jahres 2003 haben die SPÖ nicht in ihren Bann gezogen und verändert. Während sich Hunderttausende auf den Streik gegen Pensionsraub 2003 vorbereiteten, aß Gusenbauer mit Haider Spargel und verhalf diesem abgehalfterten Rechtsextremisten wieder zu Seriosität. Niemand aus der SPÖ erhob (mit diesen Klassenkämpfen im Frühjahr 2003 im Rücken) offen den Anspruch, den Kurs der SPÖ neu zu bestimmen. Die SPÖ selbst legte in der Diskussion um die Pensionen ein Konzept vor, dass sich nicht wesentlich von schwarz-blauen Vorstellungen unterschied. Mehr noch: Eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie ist heute eine Bedrohung für die ArbeiterInnenklasse, wie die Angriffe von New Labour (Britannien) und der SPD (Deutschland) auf Sozial- und Bildungswesen deutlich machen. Die letzte österreichische SPÖ-Regierungsbeteiligung war geprägt von Privatisierung, Belastungspaketen und rassistischer Politik. Die SPÖ ist heute eine bürgerliche Partei, wenn auch mit einer speziellen Geschichte.

Wenngleich das aktive Leben an der Parteibasis ausgedünnt und die Strukturen wenig lebendig sind, gibt es noch immer Gewerkschafterinnen, SPÖ-Parteimitglieder und Linke, die auf einen Kurswechsel in Richtung

14 Inzwischen ist es zwischen der Funke-Strömung und der SJ-Führung zu einer inhaltlichen Annäherung gekommen. Oftmals fällt es schwer, herauszufinden, worin der besondere Unterschied besteht, den die Funke-Strömung als "marxistische Tendenz in der Sozialdemokratie" verkörpert. Unter dem Zwang, in der SPÖ/SJ bleiben zu müssen, leiden die politischen Positionen. Kämpferische Jugendliche, die für revolutionäre Arbeit gewinnbar sind, werden so an eine Organisation gebunden, die eine Gegnerin der ArbeiterInnenschaft geworden ist.

einer "Rückbesinnung" hoffen. Wir haben eine andere Einschätzung als die GenossInnen von der Funke-Strömung oder der Initiative für sozialistische Politik in der SPÖ (ISP), ob dies überhaupt möglich ist. Gäbe es tatsächlich die Chance, die SPÖ auf einen sozialistischen Kurs zu bringen oder zumindest zu einer kämpferischen ArbeiterInnenpartei zu machen, wird die SLP dies aktiv unterstützen. Wir haben in den letzten Jahren und gerade in den vergangenen Monaten mit vielen AktivistInnen von anderen Organisationen, einschließlich FSG, SJ, SPÖ... zusammengearbeitet. Die Tatsache unserer Eigenständigkeit als SLP war letztlich nie ein Hindernis für die diversen Bündnisse, für Zustimmung oder Ablehnung politischer Standpunkte. Die Notwendigkeit von Einheit linker kämpferischer Kräfte bedeutet nicht automatisch, dass alle im Rahmen einer Partei sein müssen, da es in einigen Fragen Einheit, in anderen Unterschiede geben kann. Sind die Unterschiede in fundamentalen Fragen zu groß, bedeutet eine künstliche Einheit letztlich eine Schwächung der Kräfte, da der kleinste gemeinsame Nenner eben nur sehr klein ist.

Wir sind davon überzeugt, dass jeder ernsthafte Versuch die Parteiführung scharf kritisieren und eine Opposition aufbauen muss, die in der SPÖ offen für einen Führungswechsel eintritt. Wir sind auch davon überzeugt, dass ein solcher Versuch sich rasch mit scharfen bürokratischen Repressionen bis hin zu Ausschlüssen konfrontiert sehen wird. Dieses Damoklesschwert erschwert die Arbeit. Geht man/frau das Risiko allerdings nicht ein, wird man/frau rasch zum linken Feigenblatt für die rechte Bürokratie. Eine Schlussfolgerung der Funke-Strömung aus unseren Ausschlüssen war, seinerseits das politische Profil niedrig zu halten um nicht zu sehr anzuecken und eben diese Ausschlüsse zu verhindern.

EINE DOPPELTE UND KOMBINIERTE AUFGABE: MIT DER SLP FÜR EINE NEUE PARTEI DER ARBEITERINNEN, ERWERBSLOSEN UND JUGENDLICHEN!

Der Rechtsruck in der Gesellschaft und die Verbürgerlichung der SPÖ haben dazu geführt, dass die ArbeitnehmerInnen in Österreich ohne Partei dastehen, mittels derer ihre Interessen vertreten werden und in der sie aktiv organisiert sein können. Das Fehlen einer linken Alternative war auch die Hauptursache dafür, dass die FPÖ in den 1990er Protest und Unmut nach rechts ableiten konnte. Die Interessen der KapitalistInnen werden in Österreich sehr effektiv von der Regierung sowie von Bundes-Wirtschaftskammer und Industriellen-Vereinigung umgesetzt. In den 1980er und 90er taten dies SPÖ und ÖVP. Derzeit sind ÖVP und FPÖ/BZÖ am Zug. Möglicherweise wird bald die Grüne Partei im Bündnis mit der ÖVP nach der Macht auf Bundesebene greifen. Auch die Option einer neuen Großen Koalition gewinnt wieder an Boden.

Eine neue Partei für ArbeiterInnen, Angestellte, Erwerbslose und Jugendliche ist nötig. Die SLP ist diese neue Partei nicht. Nichts desto trotz spielt die SLP eine Rolle, die Entwicklung zu einer ArbeiterInnenpartei zu beschleunigen. Auch wenn die ArbeiterInnenklasse viel größer ist, so sind doch die Interessen der SLP nicht von jenen der gesamten ArbeiterInnenschaft und des Großteils der Jugend getrennt. Der Wunsch nach einer neuen linken Kraft ist weit verbreitet und drückt sich oft in der Frage "Warum tun sich nicht alle Linken zusammen und bilden eine neue starke linke Organisation" aus. Doch das ist nicht der Weg, aus dem allein eine neue ArbeiterInnenpartei entstehen wird. Der Wunsch reicht nicht aus, wie gescheiterte Versuche in mehreren europäischen Ländern zeigen. Die Entstehung einer neuen ArbeiterInnenpartei hängt von der Entwicklung von Klassenkämpfen ab. In Streiks und Demonstrationen, wo

ArbeiterInnen die Erfahrungen mit politischen Organisationen, dem Staat und den UnternehmerInnen machen, entwickelt sich das Bewusstsein schnell weiter.

Unsere Aufgabe besteht derzeit darin, die besten Traditionen der Bewegung fortzuführen. Wir zeigen im Kleinen, was im Großen möglich ist. Dazu gehört, soziale und politische Kämpfe zu organisieren bzw. zu unterstützen, aktiv internationale Solidarität zu üben, Wahlkämpfe zu führen, die Wiederverankerung sozialistischer Ideen voranzutreiben und in der Gewerkschaftsbewegung für einen kämpferischen und demokratischen Kurswechsel einzutreten. Schon jetzt existierende Gruppen werden in diesem Prozess eine Rolle spielen, aber ohne die wesentliche Teilnahme von in den Kämpfen politisierten Menschen, werden solche Projekte scheitern.

Bei der Neuformierung der ArbeiterInnenbewegung müssen die negativen Erfahrungen “Sozialdemokratismus” sowie “Stalinismus” berücksichtigt werden. Gerade aufgrund des letzteren sind viele Menschen, die beginnen, aktiv zu werden und mitunter das Wort Sozialismus wieder durchaus positiv sehen, gegenüber “allumfassenden” Ansprüchen skeptisch. Das etablierte Parteienspektrum und die Ablehnung dieser Parteien macht es außerdem schwieriger, heute als “Partei” aufzutreten. Diese Skepsis wird sich bezüglich der SLP als unnötig herausstellen. Wir haben nichts mit den etablierten Parteien gemein. Doch man muss den Beweis in der Praxis antreten, das “beste Programm” und die “besten Methoden” anzubieten.

Unter “neuer ArbeiterInnenpartei” wird es viele Vorstellungen und Zugänge geben. Wir sagen schon heute, was unserer Überzeugung nach nötig ist, um Sozial- und Demokratieabbau zu stoppen und darüber hinaus grundlegend die Gesellschaft zu verändern. Wir treten deshalb für ein konsequentes sozialistisches Programm ein. Gleichzeitig müssen wir als wahrscheinlich ansehen, dass viele oder manche andere Zugänge einbringen, jedoch für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei eine wichtige Rolle spielen werden. Wir treten daher bezüglich einer neuen ArbeiterInnenpartei für Breite und Offenheit der Zugänge ein (selbstverständlich unter Ausschluss von rassistischen, sexistischen und neoliberalen

Standpunkten). Gleichzeitig sind wir für das Recht jeder beteiligten Gruppe bzw. Strömung, innerhalb einer solchen neuen Partei offen für die eigenen Meinungen und Vorschläge eintreten zu können. Dazu gehört auch das Recht, innerhalb einer breiten ArbeiterInnenpartei Strömungen, Tendenzen und anderen Organisationen angehören zu dürfen.

Die Entwicklung solcher neuer Organisationen wird nicht geradlinig verlaufen. Auch Rückschläge sind möglich. Politischer Kampf ist anstrengend. Viele werden versuchen, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Die Hoffnungen, alleine durch Wahlen, Gesetzesanträge, Volksbegehren etc. etwas verändern zu können, werden jedoch enttäuscht werden. Dieser Prozess der Erfahrungen und des Austestens verschiedener Konzepte muss sich auch in einer solchen neuen Partei abspielen. Wenn eine solche Partei unsere Forderungen und das Programm übernehmen würde, wären wir sehr froh. Dies kann jedoch nur über den Weg der Überzeugung, inhaltliche Diskussionen und praktischer Zusammenarbeit erfolgen. Wir kämpfen für die maximale Einheit der Bewegung und das weitestgehende Programm. Wir werden diese Punkte jedoch nicht zur Vorbedingung für Zusammenarbeit in Bündnissen bzw. einer neuen ArbeiterInnenpartei machen.

Wir sehen zwischen dem Aufbau der SLP, einer sozialistisch-revolutionären Partei UND der Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen ArbeiterInnenpartei, am besten mit sozialistischem Programm, keinen Widerspruch. Es ist vielmehr eine doppelte und kombinierte Aufgabe. Wenn Sie bzw. du diese Herangehensweise unterstützen/t, ist es das beste, MIT und darüber hinaus IN der SLP dafür einzutreten.

WER DIE JUGEND HAT, HAT DIE ZUKUNFT

“Wer die Jugend hat, hat die Zukunft” hat Lenin einmal angemerkt. Jugendarbeit war für uns immer ein Hauptpunkt unserer Arbeit. Im Gegensatz zu anderen Organisationen, wie SJ oder KJ, haben wir den Jugendlichen aber niemals Ressourcen (Räume oder Geld) anbieten können, sondern immer nur unsere Ideen. Ein Angebot, das allerdings viele gerne angenommen und viele wichtige Proteste mit uns gemeinsam organisiert haben. Die Probleme, mit denen sich Jugendliche konfrontiert sehen, verändern sich und bleiben doch auch gleich. Bildungsabbau, Jugendarbeitslosigkeit, Rechtsextremismus und Krieg sind die wesentlichen Themen, um die sich unsere Jugendarbeit immer wieder gedreht hat.

Jugendliche, die beginnen, politisch aktiv zu werden, sind selten “fertige SozialistInnen”, manche wollen nicht in einer Partei Mitglied sein, wollen verschiedene Strukturen austesten. Wir haben daher die Initiative zur Gründung verschiedener - an den jeweiligen Bewusstseinsstand von Jugendlichen angepassten - Jugendorganisationen gesetzt. Es waren dies immer von uns organisatorisch unabhängige Strukturen. Politisch haben wir immer auch in diesen Jugendorganisationen für unsere Ideen gekämpft, und hatten oft (aber nicht immer) eine Mehrheit dafür. In diesen Jugendorganisationen haben wir immer versucht, SchülerInnen UND Lehrlinge, In- UND AusländerInnen anzusprechen. Ein Beispiel dafür ist die Arbeit in Ternitz (NÖ), wo wir mit türkischen Jugendlichen gemeinsam gegen einen rassistischen Lokalbesitzer eine Kampagne organisierten.

Bei vielen Themen - z.B. in der antifaschistischen Arbeit - haben wir auch mit anderen Organisationen zusammengearbeitet. Zu bestimmten Themen oder Ereignissen, haben wir uns mit anderen Organisationen auf ein Programm und eine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt und diese zusammen umgesetzt. Darüber hinaus hat jede Organisation die Möglichkeit, ihre weitergehenden Ideen in die Kampagne einzubringen. Diese Form der “Einheitsfront” hat es z.B. ermöglicht, Mobilisierungen von Nazis zu verhindern und gleichzeitig die politische Diskussion weiterzuentwickeln.

NEIN ZUM SPARPAKET

Schon 1987 waren wir Teil des SchülerInnen- und Studierendenstreiks. Fast zwei Wochen lang war gegen den Bildungsabbau gestreikt und demonstriert worden. Wir haben darauf hingewiesen, WIE Streiks im Bildungswesen erfolgreich sein können. "Die Schüler und Studenten alleine haben keine Macht, weil von ihnen keiner abhängig ist. Es ist zwar immer wieder gesagt worden, dass wir uns mit den anderen Betroffenen des Sparpaketes solidarisieren, aber das war halt alles sehr halbherzig. Die Streikbewegung hätte nur dann wirklich Macht gehabt, wenn sie sich auf Betriebe ausgeweitet hätte. Aber viele haben geglaubt, dass sie mit den Arbeiten der Verstaatlichten nichts zu tun haben, und dass die sich alleine wehren sollen, wenn ihnen was nicht passt. Dass sie aber ohne die Unterstützung der Arbeiter völlig machtlos sind, haben sie erst erkannt, als der Streik schon tot war." (aus: Vorwärts Nr. 13, 1988) Wir haben uns damals auch für demokratisch gewählte Strukturen der SchülerInnen und Studierenden eingesetzt, anstatt der sogenannten "Basisdemokratie". Diese stellt sich in der Praxis als gar nicht demokratisch, sondern als Diktat der Lautesten heraus. Das führte dazu, dass in riesigen Plena mit bis zu 2.000 (!) Leuten nichts weiterging und der Streik ergebnislos beendet wurde.

STOPPT DIE KRIEGSTREIBER

Im Irak liegen die weltweit zweitgrößten Erdölreserven der Welt (rund elf Prozent der globalen Ölvorkommen). Ursprünglich hatte die USA das Regime von Saddam Hussein als Gegengewicht zum Iran unterstützt. Im Iran war der Einfluss des Imperialismus durch die Machtübernahme der islamischen Fundamentalisten in den 1980er zurückgedrängt worden. Die USA wollten und brauchten vor dem Hintergrund einer schwachen Weltwirtschaft direkten Zugriff auf diese Ölreserven. Sie konnten ein in der Region selbstbewusst auftretendes irakisches Regime nicht dulden. 1991 kam es daher zum ersten Krieg der USA gegen den Irak. Der ehemalige Bündnispartner wurde zum "neuen Hitler" hochgespielt. Die österrei-

chische Regierung (damals eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, mit einem SPÖ-Kanzler) genehmigte die Durchfuhr von US-Panzern und den Überflug von anderem Kriegsmaterial. Die heute zu Wahlkampfzwecken beschworene "Neutralität" war der SPÖ damals schon egal. Weltweit kam es zu einer Antikriegsbewegung. Vorwärts titelte "Stoppt die Kriegstreiber" und erklärte schon damals, dass die UNO kein geeignetes Instrument darstellt, um Frieden zu schaffen, da sie von den imperialistischen Staaten und ihren Interessen dominiert wird. "Die Vereinten Nationen bilden keine neue Weltordnung, sie sind die Diener der Mächtigen und der Unterdrücker...Vielmehr müssen wir die Frage stellen, warum Kriege geführt werden und wer diese Kriege verhindern kann. Nur die organisierte Arbeiterschaft ist imstande, nicht nur der sozialen Unterdrückung ein Ende zu bereiten, sondern auch mit blutigen Kriegen Schluss zu machen." (Vorwärts Nr. 25, 1991)

JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA/ANTIFASCHISTISCHES KOMITEE

Anfang der 90er Jahre waren die Nazis in ganz Europa in der Offensive. Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten, die Schwäche der Linken und die "neue Weltordnung" führten gesamtgesellschaftlich zu einer Schwächung linker Ideen. Da die Linke auf die zunehmenden sozialen Probleme - Arbeitslosigkeit und Sozialabbau - keine Antworten hatte, konnte die extreme Rechte dieses Vakuum füllen. "Die Ausländer" wurden als Schuldige "entdeckt". Auch "normale" bürgerliche Parteien stimmten in die rassistische Propaganda ein. Die SPÖ erließ rassistische Gesetze, die ausländische KollegInnen zu Menschen zweiter Klasse machte, die von der Willkür von UnternehmerInnen und VermieterInnen abhängig sind. Vor diesem Hintergrund traten auch Neo-Nazi-Gruppen wieder stärker in Erscheinung. Sie versuchten am 20. April (Adolf Hitler-Geburtstag) in aller Öffentlichkeit zu feiern. Im Umfeld von FPÖ-Veranstaltungen trafen wir immer wieder auf Nazi-Skinheads und Hooligans. Rassistische Politik verlief auf zwei Ebenen. Einerseits die rechtsextreme und faschistische Hetze gegen ImmigrantInnen, die versuchte Stimmung zu machen. Andererseits

die hohe Politik, die rassistische Gesetze verabschiedete. Die FPÖ führte 1993 ein rassistisches Anti-AusländerInnen-Volksbegehren durch. Die SPÖ setzte in Folge de facto alle Forderungen per Gesetz durch. Nicht zufällig lobte Haider 1993 den SPÖ-Innenminister Franz Löschnak als seinen “besten Mann in der Regierung”. Anfang 1992 riefen wir daher das “Antifaschistische Komitee der SchülerInnen und Lehrlinge” ins Leben, aus dem später “Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)” wurde.¹⁵ Damals gab es viele Diskussionen, wie die rechte Gefahr zu bannen wäre. Viele beugten sich teilweise der offiziellen Propaganda und traten für Zuwanderungsquoten ein; nach dem Motto “Wir können ja nicht alle reinlassen”. Andere meinten, Rassismus wäre das Ergebnis von Unwissenheit und bloße “Information” wäre die Lösung. Viele hofften, dass Gesetze und Polizei ein Mittel gegen rechtsextreme Gewalt wären. JRE ging von Anfang an einen anderen Weg. Bei der Gründung am 6. Februar 1992 waren 250 Jugendliche anwesend. Als Grundlage für die weitere Arbeit wurden u.a. zwei Punkte beschlossen: 1) Volle Gleichstellung von in- und ausländischen Jugendlichen in Ausbildung, Schule und Beruf. 2) Eintreten für unsere Rechte und eine Gesellschaft ohne Rassismus und Neonazis.

Wir haben immer unterschieden zwischen rechtsextremen und faschistischen “ÜberzeugungstäterInnen”, die ganz bewusst auf rechte Propaganda und Einschüchterung setzen und junge MitläuferInnen, die aufgrund einer miesen sozialen Situation und der Schwäche der Linken auf rechte Scheinlösungen hereinfließen. Erste versuchen wir daran zu hindern, öffentlich aufzutreten, die Zweiteren konnten wir einige von sozialistischen Ideen überzeugen, die tatsächliche Lösungen bieten. In unserer Arbeit gegen Rechtsextremismus und Faschismus war es uns immer wichtig, diese mit der sozialen Frage zu verbinden. Die FPÖ kann daher auch in keinem Fall Bündnispartner gegen die Pensionsreform sein, weil sie ja genau für diesen Sozialabbau steht!¹⁶ Wir haben uns aber auch immer für volle sozi-

15 Die erfolgreiche Gründung von JRE war ein weiterer Grund, warum die SJ-Führung uns ausschließen wollte - sahen sie doch das Potential an Jugendlichen, das wir mit unseren Ideen ansprechen konnten.

16 SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer suchte ein Bündnis mit Haider gegen die Pensionsreform 2003 und traf sich mit ihm zum Spargelassen, während Streikvorbereitungen der Gewerkschaft gegen die Pensionsangriffe der Regierung liefen.

ale und demokratische Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen eingesetzt (inklusive dem aktiven und passivem Betriebsratswahlrecht). Nur wenn der Zugang zum Arbeitsmarkt legal ist, können MigrantInnen nicht als LohndrückerInnen eingesetzt werden. JRE hat in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine Reihe von größeren und kleineren Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen gemacht. Unter anderem fuhren wir mit zwei vollen Bussen zur ersten großen europaweiten antirassistischen Demonstration nach Brüssel, die von JRE-international organisiert worden war. 40.000 TeilnehmerInnen kamen aus ganz Europa. Wir verhinderten mit großen antifaschistischen Demonstrationen, dass die Nazis sich am 20. April auf die Straßen wagen, organisierten erfolgreiche SchülerInnenproteste gegen die Benützung eines Turnsaales des Österreichischen Turnerbundes (“Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden. Fremde Helfer bringen uns immer tiefer ins Verderben.”) und mobilisierten gegen Veranstaltungen der FPÖ. Dass unsere Aktivitäten den Rechten sehr unangenehm waren, zeigte sich in Morddrohungen, die wir erhielten und Angriffen, die sie auf uns versuchten. Gestoppt hat uns das allerdings niemals.

SCHÜLERINNENAKTIONSPLATTFORM (SAP)

Die antifaschistische Arbeit, aber auch die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen führten zu einem Rückgang rechtsextremer Aktivitäten. Viele Rechtsextreme strömten in die erstarkende FPÖ, um die Ressourcen zu nutzen und in ihrem Rahmen zu agitieren. Jugendliche waren v.a. von den Angriffen der SPÖVP-Regierung auf das Bildungswesen betroffen. Die KlassenschülerInnenhöchstzahl wurde erhöht, bei Freifächern und schulfremden Aktivitäten gekürzt und der Zugang zur Uni erschwert. Die SchülerInnenAktionsPlattform (SAP), die 1995 gegründet wurde und in der wir eine wichtige Rolle spielten, organisierte eine Reihe von Schulstreiks und -Demonstrationen. Tausende SchülerInnen streikten und demonstrierten im Frühjahr und Herbst 1995. “VorwärtslerInnen” spielten damals die führende Rolle in der Organisation und Durchführung. Die



AKS und die GPA-SchülerInnengruppe sprangen erst später auf die Bewegung auf, versuchten diese zu dominieren und (erfolglos) die SAP auszubooten. Sie schreckten dabei auch nicht davor zurück, mit der ÖVP-nahen Schülerunion (deren Bundesschulsprecher damals meinte "Sinnvoll sparen statt protestieren") zusammenarbeiten. Die AKS forderte damals, man solle doch lieber bei den LehrerInnen anstatt den SchülerInnen kürzen. 1996 wurde an der AHS-Rahlgasse ein "kollektives Zuspätkommen" organisiert, bei dem 500 SchülerInnen erfolgreich gegen die Versuche der Direktion protestierten, das Zuspätkommen restriktiv zu verfolgen. Schon 1996 bei den damaligen Studierendenprotesten gegen den rosa-schwarzen Bildungsabbau erklärten wir "Der Trend zur Elitebildung ist eine existentielle Bedrohung für das gesamte Bildungssystem." (News Nr. 13, 1996). Im Oktober 1998 organisierte die SAP wieder Schulstreiks gegen die Kürzungen im Bildungswesen. Im Gegensatz zu den neuerlichen Versuchen, SchülerInnen und LehrerInnen gegeneinander auszuspielen traten wir für den gemeinsamen Kampf von SchülerInnen, Studierenden und Lehrenden ein, damals entstand übrigens auch der Spruch "Schüler und Lehrer - gegen Gehrer". Im Jahr 2000 initiierte die SAP den wohl größten politischen Schulstreik der österreichischen Geschichte. Dieser stellte sich klar gegen eine Regierung und nicht bloß gegen Angriffe im

Bildungswesen: Bald nach dem Wahlerfolg der FPÖ Ende 1999 hatten wir begonnen, für einen Schulstreik gegen eine eventuelle FPÖ-ÖVP-Koalition zu mobilisieren. Am 18. Februar war es dann so weit: 15.000 SchülerInnen beteiligten sich an Schulstreik und Demonstration gegen die blau-schwarze Regierung und zeigten damit deutlich, dass die Jugend alles andere als unpolitisch ist.

DIE WIEDERKEHR SOZIALISTISCHER IDEEN UNTER JUGENDLICHEN

Die 90er Jahre waren eine schwierige Zeit für sozialistische Arbeit. Die stalinistischen Staaten waren trotz der Bürokratie und ihrer Diktatur aufgrund der nicht-kapitalistischen Wirtschaft ein Gegengewicht zum Kapitalismus. Nach dem Zusammenbruch dieser stalinistischen Staaten Ende der 1980er Jahre und damit dem Wegfall einer Systemalternative schien der Kapitalismus als einziges Modell "gesiegt" zu haben. Statt vom "Kapitalismus" wurde von der "Marktwirtschaft" gesprochen. Wenn hingegen wir von Klassenkampf und der Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung sprachen, wurden wir oft belächelt. Viele linke Organisationen brachen damals zusammen. Viele "schütteten das Kind mit dem Bade aus". Die völlig gerechtfertigte Kritik an den stalinistischen Diktaturen wurde zu einer undifferenzierten Ablehnung von sozialistischen Ideen und einem Akzeptieren der kapitalistischen Logik. Auch an uns war diese Entwicklung nicht spurlos vorübergegangen. Wenn auch zeitlich verzögert, mussten wir Mitte der 90er Jahre Stagnation und auch Rückschläge in unserer Arbeit hinnehmen. 1997 spaltete sich eine Gruppe von JRE ab. Ein Kritikpunkt war damals, dass mit der SOV ("Sozialistische Offensive Vorwärts", Vorläuferin der SLP) ein zu starker "sozialistischer Einfluss" in JRE bestünde. SOV-Mitglieder haben versucht, die Spaltung zu verhindern und aufzuzeigen, dass eine Jugendorganisation wie JRE selbstverständlich nicht SozialistInnen vorbehalten ist, dass aber für sozialistische Strömungen in ihr Platz sein muss. Offensichtlich hatte die Abspaltung jedoch eine starke persönliche Prägung. Ihr Anführer, Michael Bonvalot, hatte zuvor schon die SOV verlassen. Anfangs war unklar, wie

sich die Gruppe, aus der 1999 die "AL-Antifaschistische Linke" werden sollte, entwickeln würde.¹⁷ Gegenwärtig bezeichnet sie sich als "revolutionäre und sozialistische Organisation". Die AL ist aber bis heute eine auf Österreich beschränkte Gruppe geblieben. Das Fehlen jeglicher internationaler Organisation und Verbindung wird überspielt und teilweise sogar als Vorteil gesehen. Der Internationalismus der SLP wird aus den Reihen der AL als "Fetisch" (= eine Sache, die abergläubisch und übertrieben verehrt wird) bezeichnet. Trotzdem arbeiten wir mit der AL immer wieder v.a. bei antifaschistischen Mobilisierungen zusammen.

Im Gegensatz zu anderen Organisationen, die in dieser Periode völlig zusammenbrachen, verloren wir eine Reihe von Mitgliedern, die wichtige Arbeit geleistet hatten. Diese Ausdünnung bedeutete nicht nur einfach weniger Ressourcen, sondern auch den Verlust von erfahrenen SozialistInnen. Wir mussten eine neue Generation von MarxistInnen ausbilden und das vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Stimmung, in der sozialistische Ideen als überholt dargestellt wurden.

GEGEN "GLOBALISIERUNG"

Die "Globalisierung" war Ausdruck dieser allgemeinen Grundstimmung. Unter dem Begriff "Globalisierung" wurden neben der fortschreitenden Internationalisierung des Kapitalismus auch die brutalen neoliberalen Angriffe auf den Lebensstandard und die Rechte der ArbeiterInnenklasse verstanden. Lange Zeit dominierte das allgemeine Gefühl, dagegen machtlos zu sein. "Globalisierung" erschien als etwas Übermächtiges, gegen das jeder Widerstand zwecklos war.

Aber schon am 1.1.1994 wurde die "Neue Weltordnung" durch den bewaffneten Aufstand der EZLN in Mexiko, einer Guerillabewegung, die

¹⁷ Schon vor der Abspaltung dürfte Michael Bonvalot bedeutende Differenzen zu unserer Internationale (CWI) gehabt haben: Während die SOV/SLP-Schwesterorganisationen in Nordirland für die Einheit von ArbeiterInnen und Jugendlichen sowohl katholischer als auch protestantischer Herkunft kämpfen, sympathisierte Bonvalot, wie sich herausstellte, mit dem Linksrepublikanismus und seinem bewaffneten Flügel IRA. Eine offene Diskussion über die von Bonvalot immer wieder angedeuteten politischen Differenzen war, trotz mehrerer Angebote unsererseits, leider bis heute nicht möglich.

hauptsächlich aus Indigenas bestand und sich gegen den NAFTA-Vertrag richtete, in Frage gestellt. Seit den 80er Jahren befindet sich der Kapitalismus international in einer Periode der "Depression". Es gibt zwar wirtschaftliche Auf- und Abschwünge, aber die Aufschwünge können die Verluste der Abschwünge nicht ausgleichen, das Wachstum verlangsamt sich und es wird immer schwieriger für das Kapital Profite zu machen. Um dem entgegenzuwirken versucht das Kapital die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse zu erhöhen. Dies wird einerseits durch eine verstärkte Ausbeutung der "3. Welt", der ex- und neo-kolonialen Staaten erreicht. Instrumente dazu sind die internationalen Institutionen und Verträge wie WTO, IWF, Weltbank, GATS. Ihre Aufgabe ist es, die Märkte, Rohstoffe und Arbeitskräfte dieser Staaten für das ausländische Kapital optimal nutzbar zu machen. Die katastrophalen Auswirkungen für die Menschen (Arbeitslosigkeit, Diktaturen, Armut, Umweltzerstörung) interessieren das Kapital nicht. Als zweite Schiene wird die ArbeiterInnenklasse der entwickelten kapitalistischen Staaten intensiver ausgebeutet. Sozialstaaten werden zerschlagen, Arbeitsschutzbestimmungen abgebaut, Rechte abgeschafft. Es handelt sich um eine großangelegte Umverteilung von unten nach oben. In Österreich erfolgte das mittels der Privatisierung in den 80er und den Sparpaketen in den 90er Jahren. Die EU war ein weiteres Instrument, um diese Maßnahmen durchzuführen und zu rechtfertigen.

Spätestens mit den Protesten in Seattle (USA) gegen das WTO-Treffen im Dezember 1999 war die "Siegesperiode" des Kapitalismus vorbei. Der Widerstand gegen den neoliberalen Kahlschlag und seine menschenverachtenden Auswirkungen nahm ständig zu. Die "Globalisierung" war nicht mehr übermächtig, sondern wurde zum Symbol, das es zu bekämpfen galt. Die "Anti-Globalisierungsbewegung" war keineswegs eine nationalistische Bewegung, sondern hatte einen internationalen Anspruch. (Zwar versuchten manche rechtsextremen Gruppen, sich mit ihren nationalistischen Inhalten einzuschalten, was jedoch im Wesentlichen ergebnislos blieb.) War in den 90er Jahren noch von der unpolitischen "Generation X" gesprochen worden, einer Jugend die außer Karriere nichts im Kopf hätte, bewiesen die großen, kämpferischen und jugendlichen Proteste das

Gegenteil. Die globale Protestbewegung wurde von einer instinktiven Ablehnung von Ungerechtigkeiten getragen. Was ihr fehlte, waren klare Lösungsvorschläge und Alternativen. Es war relativ klar, "woegen" man war. Unklar war das "Wofür" und "Wie wir dorthin kommen".

SOZIALISTISCHER WIDERSTAND INTERNATIONAl (SWI)

Wenn Fragen keine Antworten bekommen und politische Arbeit keine Ergebnisse bringt (z.B. wenn nach fünf Demos gegen den globalen Kapitalismus auffällt, dass dieser immer noch da ist), kann das dazu führen, dass sich Menschen frustriert zurückziehen. Deshalb war die Gründung von "International Socialist Resistance" bzw. der österreichischen Sektion davon, "Sozialistischer Widerstand International" notwendig. In unserer Jugendarbeit wollten wir Antworten auf die Fragen geben, sozialistische Ideen waren im Gegensatz zum Anfang der 90er Jahre nichts mehr, was Jugendliche rundweg ablehnten. Im Gegenteil wird der Kapitalismus zunehmend in Frage gestellt.

Am 15. Dezember 2001 wurde in Belgien eine neue Jugendorganisation gegründet - International Socialist Resistance (ISR). Etwa 500 Jugendliche aus 13 Ländern nahmen am Gründungskongress im Anschluss an die Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Brüssel teil. ISR/SWI versucht aufzuzeigen, dass die Brutalität des Kapitalismus nicht einfach nur ein bisschen abgemildert werden kann, sondern letztlich der Kapitalismus an sich das Problem ist. SWI ist nicht bloß eine Kampagne der SLP. Alle Aktiven haben ein demokratisches Mitbestimmungsrecht darüber, was wie getan werden soll. Führende Gremien werden von den AktivistInnen selbst gewählt. Insbesondere Minderheitsmeinungen sollen in allen Gremien vertreten sein. SLP-GenossInnen bringen Vorschläge und die Ideen, die die SLP vertritt, auch als "SWI'lerInnen" in SWI ein und versuchen, andere Menschen davon zu überzeugen. SLP'lerInnen werden sich nicht verstecken, aber wir werden auch akzeptieren, wenn wir mit unseren Ansichten in der Minderheit sind. SWI ist auf Initiative der SLP gegründet worden. Wir freuen uns über jedeN, die oder der auf Grundlage der ISR-

Gründungserklärung in SWI mitarbeiten möchte. In erster Linie aber richtet es sich an noch-nicht-organisierte Menschen. Denn es ist wichtig, mehr Menschen zu organisieren und nicht nur die, die schon organisiert sind, zusammenzuschließen.

VERTRAUEN IN DIE ARBEITERINNENKLASSE – WAS IST REVOLUTIONÄRE GEWERKSCHAFTS- UND BETRIEBSARBEIT?

Marx und Engels haben erkannt und immer wieder betont, dass nur die ArbeiterInnenklasse in der Lage ist, den Kapitalismus zu stürzen – aufgrund ihrer Stärke, ihrer Erfahrung und der Tatsache, dass sie keine Zukunftsperspektive im Kapitalismus hat. Die SPÖ- und ÖGB-Bürokratie hat allerdings dafür gesorgt, dass die österreichische ArbeiterInnenklasse jahrzehntelang so gut wie nicht kämpfte. Sie setzten auf “Sozialpartnerschaft” und zeichneten ein rosiges, jedoch falsches Bild. Doch es gibt keinen gebändigten sozialen Kapitalismus, wo Beschäftigte und UnternehmerInnen gemeinsam an einem Strang ziehen. Da es jahrzehntelang in Österreich fast keine Klassenkämpfe gab, hat das auch dazu geführt, dass viele sogenannte “Linke” die ArbeiterInnenklasse abgeschrieben haben und mein(t)en, die österreichischen ArbeiterInnen wären alle rechts (weil in den 80er und 90er Jahren viele für die FPÖ stimmten), politisch uninteressiert (weil es keine Aktivitäten der Klasse gab) oder gar nicht mehr existent (weil der Produktionssektor zunehmend vom Dienstleistungsbereich verdrängt wurde). Tatsächlich war die ArbeiterInnenklasse aber nicht verschwunden, sondern nur von der Gewerkschaftsführung und ihrer Stellvertreterpolitik eingekullt worden. Etwa nach dem Motto: “Zahl nur brav deinen Mitgliedsbeitrag, wir erledigen alles für dich”. Spätestens 2003 wurde deutlich, dass die

ArbeiterInnenklasse auch bereit ist, zu kämpfen. Beschäftigte aus traditionellen Bereichen (Postbus, Bahn, AUA) traten ebenso in den Streik wie "Intellektuelle" (LehrerInnen) und Menschen, die in neuen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten (Veloce-BotenfahrerInnen). Am 3. Juni 2003 streikte eine Million Menschen. Auch wenn der ÖGB davor zurückschreckt, das Wort Generalstreik zu benutzen: wenn ein Drittel aller Beschäftigten streikt, dann hat das bereits starke Elemente eines Generalstreiks.

DIE ÜBERGANGSMETHODE:
DIE KOLLEGINNEN DORT ABHOLEN, WO SIE STEHEN

Trotz der Tatsache, dass unsere AktivistInnen und Mitglieder oft sehr jung waren, haben wir seit den 90er Jahren intensive Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit geleistet. 1993 wurde erstmals eine Vorwärtslerin Betriebsrätin bei der ÖMV (OMV). Seither haben wir in verschiedenen Branchen Betriebsrats- und Personalvertretungsarbeit geleistet. Für uns war es immer wichtig zu zeigen, was mit einer konsequenten Vertretung und einem Kampf gemeinsam mit den Betroffenen möglich ist. Wir waren bei allen größeren und kleinern Arbeitskämpfen seit Mitte der 80er Jahre dabei: bei den Protesten gegen die Privatisierung der Verstaatlichten, bei den Streiks im Öffentlichen Dienst, 2002 ab dem ersten Postbus-Streik und natürlich im "Streikjahr 2003".

Wir haben auch immer auf die Grenzen im Rahmen des Kapitalismus hingewiesen und auf die Notwendigkeit, diesen letztlich zu stürzen. In den Klassenkämpfen testet die Klasse verschiedene Konzepte aus. Es ist notwendig, auf die Hoffnung in den scheinbar leichteren pragmatischen bzw. reformistischen Weg zu reagieren und gleichzeitig in Form eines Übergangs-Programms die beschränkten Möglichkeiten im Rahmen des Kapitalismus aufzuzeigen. Auf Basis der Krise des Kapitalismus und der steigenden Konkurrenz werden die Spielräume für Zugeständnisse des Kapitals immer kleiner. Profite werden immer stärker auf Kosten der ArbeiterInnenklasse gemacht. Auch kleine Zugeständnisse oder auch nur

das Verteidigen von Rechten ist mit immer härteren Kämpfen verbunden. Keine positive Reform ist von Dauer oder abgesichert. Die Antworten auf Sozialabbau sind daher nicht “die nächsten Wahlen”, sondern Streik und Generalstreik. Im Gegensatz zu dem, was der ÖGB oft behauptet, ist gewerkschaftliche Arbeit selbstverständlich politische Arbeit. Natürlich können und sollen Gewerkschaften zu politischen Fragen Stellung beziehen und Maßnahmen der Regierung und auch die Regierung selbst bekämpfen, um die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu verteidigen. Wir haben daher insbesondere in der Streikbewegung 2003 die Forderung nach einem eintägigen Generalstreik als erste Warnung aufgestellt. Wir haben versucht, gemeinsam mit Beschäftigten aus verschiedenen Bereichen die Lehren aus den Streiks zu ziehen: eine stärkere Einbindung der Streikenden, mehr an die Öffentlichkeit zu gehen, sich nicht auf die bürgerlichen Medien zu verlassen und demokratische Abstimmungen über Streikziele sowie Streik-Beginn und -Ende.

BETRIEBSRATSARBEIT:

MIT DEN KOLLEGINNEN, NICHT BLOSS FÜR DIE KOLLEGINNEN

Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist in der Praxis oft eine Gratwanderung. Einerseits geht es darum, Verbesserungen auch im Rahmen des Kapitalismus zu erreichen, mit Unternehmen zu verhandeln und zu versuchen, für die KollegInnen möglichst viel herauszuholen. Andererseits ist das im Kapitalismus ein Kampf gegen Windmühlen. Für uns war aber nie ein Widerspruch zwischen “Reform” (bzw. Verbesserungen durch Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit) und “Revolution”. Im Gegenteil ist ernsthafte revolutionäre Arbeit ohne eine Verankerung in der ArbeiterInnenklasse nicht möglich.

Die Intervention in Klassenkämpfe und die Diskussionen mit ArbeiterInnen sind absolut notwendig, um zu lernen und unser politisches Material, unsere Forderungen, Programm und Perspektiven auszutesten. Wenn Linke glauben, sie könnten Politik für die ArbeiterInnenklasse machen, ohne mit der Klasse in Kontakt zu treten, dann trennen sie zwi-

schen Theorie und Praxis. Diese Trennung steht im Widerspruch zum Marxismus und führt zu abgehobenen Theorien. Wir haben immer versucht, in Kämpfen die nächsten notwendigen Schritte aufzuzeigen, WIE die Kämpfe gewonnen werden können. Damit steht man schnell im Gegensatz zur Bürokratie. Unsere Arbeit in einzelnen Betrieben hat daher Beispielwirkung und zeigt, was möglich wäre, wenn der ÖGB klassenkämpferische Politik betreiben würde. Wir meinen, das wäre durch den Aufbau einer organisierten klassenkämpferischen Opposition möglich. Ein wichtiger Bestandteil in Zeiten der zunehmenden internationalen Vernetzung des Kapitals ist es, die verschiedenen Kämpfe auch international zu verbinden. Hierbei spielt das CWI eine wichtige Rolle in unserer Arbeit.

FÜR KÄMPFERISCHE UND DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN

Wir haben immer Betriebs- UND Gewerkschaftsarbeit gemacht. Der ÖGB erfüllt die Aufgabe, die Interessen der ArbeiterInnenklasse energisch zu vertreten, nicht. Zu sehr ist er in den Staat eingebunden, zu sehr hält er an der "Sozialpartnerschaft" fest. Wir haben daher stets mit jenen KollegInnen in der Gewerkschaft zusammengearbeitet, die für einen kämpferischen Kurswechsel und für demokratische Strukturen im ÖGB eintreten. Dies hat von uns immer eine große Flexibilität in der Fraktionsfrage verlangt. Wir haben lange im Rahmen der Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) mitgearbeitet, uns dann verstärkt in den Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) eingebracht, als die UG immer mehr von den Grünen dominiert wurde und immer weniger einheitlich auftrat. Wir waren dabei flexibel und entschieden von Fall zu Fall, zu welcher Fraktion sich der/die jeweilige Genosse/in bekennen sollte – jeweils die, von der am ehesten eine kämpferische Position zu erwarten war. Aber auch der GLB ist den veränderten Aufgaben seit den 90er Jahren nicht wirklich gerecht geworden und spielt eher die Rolle eines linken Feigenblattes für die FSG-Bürokratie als einer kämpferischen Opposition. Unser Ziel ist, eine klassenbewusste und kämpferische

Interessensvertretung aufzubauen. Das bedeutet letztlich Veränderung und Neuaufbau der Gewerkschaften. Dieser Neuaufbau ist von der Entwicklung von Klassenkämpfen abhängig. Wir haben dies immer mit KollegInnen aus verschiedenen Fraktionen sowie Fraktionslosen zusammen getan. Schon 1994/95 mobilisierten wir im Rahmen der Kampagne "Guten Morgen ÖGB" für einen kämpferischen ÖGB Unterstützung aus verschiedenen Fraktionen. Seit 2003 versuchen wir Schritte in diese Richtung durch den Aufbau einer kämpferischen Opposition in Betrieben und Gewerkschaften in Form der "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" zu setzen. Als SozialistInnen haben wir uns in unserer Betriebsarbeit nie auf faule Kompromisse eingelassen, sondern versucht, gemeinsam mit den KollegInnen das bestmögliche herauszuholen. 1999 haben wir drei Grundsätze für unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit formuliert, die das gut zusammenfassen:

1. *Programm statt Pragmatismus*: Ein Programm anbieten, das an den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen ansetzt und sich nicht daran orientiert, wie viel die Unternehmer von ihren Profiten hergeben wollen bzw. "können". Das bedeutet eine klare Ablehnung der Sozialpartnerschaft. Der Macht des Kapitals muss mit Solidarität zwischen ArbeitnehmerInnen verschiedener Nationalität und Geschlechts und auch mit Erwerbslosen und mit einer offensiven Politik, die nicht vor Kampfmaßnahmen zurückschreckt, begegnet werden. Internationalismus muss ein zentrales Element einer solchen Gewerkschaftsopposition sein.
2. *Aktiv statt angepasst*: Das Versagen des ÖGB aufzeigen und versuchen, eigenständig aktiv zu sein. Viele Aktivistinnen und Aktivisten versinken in der Resignation, viele Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sehen den Sinn von Aktionen nicht mehr. Hier können kleine Aktionen und Kampagnen eine Beispielwirkung haben. Eine Opposition sieht im Gegensatz zur ÖGB-Bürokratie die Notwendigkeit für gewerkschaftliche und betriebliche Kämpfe. Kampf nicht zum Selbstzweck, sondern als Mittel, um Angriffe abzuwehren, Verbesserungen zu erreichen aber auch um Bewusstsein für die Notwendigkeit von Widerstand und

Organisierung zu erzeugen. Eine klassenkämpferische Gewerkschaftsopposition muss bestimmte Themen wie z.B. Arbeitszeitverkürzung aufgreifen, eigene Kampfformen anbieten und versuchen, die ÖGB-Führung unter Druck zu setzen. Eine Opposition im ÖGB muss eine politische und personelle Alternative zur derzeitigen ÖGB-Führung anbieten können.

3. *Gemeinsam statt Gegeneinander*: Eine solche Opposition muss alle Menschen, die in diesem Sinne kämpfen wollen, zusammenfassen. Vernetzung und Zusammenarbeit muss unabhängig davon möglich sein, in welcher ÖGB-Fraktion jemand organisiert ist. Nicht gilt das allerdings für rechte "Oppositionelle", z.B. aus dem Lager der AUF (FPÖ, Anm.). Deren Unterstützung hat seine Ursache in der Politik von SPÖ und ÖGB, bekämpft werden kann sie nur durch eine offensive, linke Politik.

UNSER KAMPF GEGEN UNTERDRÜCKUNG – AUCH VOR GERICHT

Die Vielzahl unserer Kampagnen war für die Herrschenden und politische Gegner oft unangenehm. In zwei Fällen haben sie versucht, uns mit Hilfe von Gerichten mundtot zu machen. Die juristische Ebene war nie das von uns gewählte Feld. Gesetze spiegeln nur ein Kräfteverhältnis wider. Veränderungen laufen durch die Mobilisierung in Betrieben und auf der Straße ab. Trotzdem wurde uns diese juristische Ebene immer wieder aufgezwungen. Auch in diesen Fällen haben wir mit entschlossenen politischen Kampagnen geantwortet und uns nicht auf die Gerichte verlassen. 1999 wurde Franz Breier jun., Aktivist der damaligen SOV, als Folge unserer antifaschistischen Kampagne in Wels vom damaligen SPÖ-Bürgermeister geklagt. Der Streitwert lag bei 480.000,- Schilling (34.883,72 Euro). Auf Grund des damaligen Vergleiches, der beinhaltete,

dass es nicht um eine persönliche Beleidigung von Bregartner gegangen war, dürfen wir nicht über den Fall berichten. Nachzulesen ist er allerdings in den damaligen Ausgaben von Vorwärts (unter www.slp.at).

DAS RECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH – EIN ZENTRALER TEIL DER FRAUENARBEIT

“Kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung – keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus”. In diesem Sinne war und sind Frauenthemen ein wesentlicher Teil unserer Arbeit. Schon Mitte der 80er Jahren versuchten wir in unserer Arbeit in der Sozialistischen Jugend, im Gegensatz zur vorherrschenden Strömung in der SJ, auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Frauen und Männern gegen Frauenunterdrückung hinzuweisen. “Gemeinsam für Gleichberechtigung” hieß eine Broschüre, die wir damals erstellten. Innerhalb der SJ wurde damals die “Frauenquote” zum zentralen Mittel gegen Frauenunterdrückung erklärt. Wir stellten dem die Notwendigkeit der sozialen Absicherung und Kämpfe entgegen. Bei Kampagnen gegen Sozialabbau haben wir immer darauf hingewiesen, dass dieser v.a. Frauen betrifft. Seit 1995 hatten wir auch eine eigene Frauenstruktur, die verschiedene Themen (v.a. aus der Arbeitswelt) aufgriff und Aktionen setzte. Unser Frauenprogramm sowie unsere Broschüre zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch haben wir in mehreren Auflagen herausgebracht. Bemerkenswert war auch, dass bei den erstarkenden Protesten in den 90er Jahren viele junge Frauen an der Spitze von Bewegungen standen. Sie waren die ersten, die von den neoliberalen Angriffen getroffen wurden. Wir haben innerhalb unserer eigenen Reihen immer wieder speziell junge Frauen gefördert, um der gesellschaftlichen Benachteiligung entgegen zu wirken.

Seit Ende der 1990er Jahre beschäftigen wir uns mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch. Es war eine Konsequenz aus der Krise des Kapitalismus und der daraus folgenden neoliberalen Politik, dass dies zunehmend wichtig werden würde. Seit Mitte der 90er Jahre traten die radikalen AbtreibungsgegnerInnen stärker auf. Seit Antritt der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2000 haben sie zusätzlich Rückenwind. Die Stärkung des "traditionellen" Frauenbildes (Kinderkriegen, Kinder und Angehörige pflegen, Haushalt) kommt den neoliberalen Sozialabbauern durchaus recht. Denn wenn im Gesundheits- und Bildungswesen gekürzt wird, dann sollen Frauen wieder verstärkt dafür herhalten, diese Aufgaben, selbstverständlich unbezahlt, zu übernehmen. Die Verbindungen zwischen radikalen AbtreibungsgegnerInnen, ÖVP und FPÖ sind nicht zufällig. Die Methoden von HLI ("Human Life International") & Co. sind alles andere als harmlos. Weltweit versuchen sie, Frauen von ihrem Recht abzuhalten, selbst zu entscheiden, ob und wie viele Kinder sie haben wollen. Wir sind seit vielen Jahren gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen und ihre Methoden aktiv. HLI ist die wohl radikalste Organisation von AbtreibungsgegnerInnen. Wir haben eine Vielzahl von Kundgebungen gegen sie organisiert, haben ÄrztInnen und Kliniken, in denen Abbrüche durchgeführt werden, gegen sie verteidigt und über ihre Methoden, Verbindungen und Ideen informiert. U.a. auch in einem Artikel mit dem Titel "Terror vor der Klinik", der im März 2002 in der Zeitung "Volksstimme" erschien. Dietmar Fischer, Chef von "Human Life International"-Österreich, dem unsere Aktivitäten schon seit längerem ein Dorn im Auge waren, klagte daraufhin die Frauensprecherin der SLP, Claudia Sorger. Er hoffte, uns mittels Klage mundtot zu machen. Wieder gingen wir in die Offensive. Vor Gericht erbrachten wir den Wahrheitsbeweis, dass HLI "Terror vor der Klinik ausüben (würde); Frauen beschimpfen und sogar am Betreten der Klinik hindern, Morddrohungen verbreiten, Lügenpropaganda verbreiten; Psychoterror verbreiten (würde)" (aus der Klagschrift vom 17.4.2002). Wir brachten das Thema an die Öffentlichkeit und organisierten Kundgebungen, Diskussionen an Schulen, Demonstrationen mit SchülerInnen. Im Zuge



der Kampagne kritisierten wir die von der SPÖ geführte Gemeinde Wien, die zwar theoretisch für die Fristenlösung eintritt, in der Praxis aber nichts dafür tut, dass die Frauen von diesem Recht auch Gebrauch machen können.

In beiden Fällen haben wir uns nicht auf die juristische Ebene beschränkt. Diese war uns aufgezwungen worden und wir haben auch auf dieser erwidert, obwohl unser Vertrauen in die Gerichte in einer bürgerlichen Demokratie beschränkt sind. Unser Hauptkampf war angesichts von Klagen ein politischer. Er zielte darauf ab, Jugendliche, Frauen und ArbeitnehmerInnen zu organisieren und mit ihnen gemeinsam diesen Kampf zu führen. Für uns war es aber auch immer wichtig, Frauenpolitik nicht von der "anderen" Politik zu trennen. Frauenunterdrückung und Kapitalismus sind untrennbar miteinander verbunden und können daher auch nicht getrennt bekämpft werden. Frauenpolitik heißt daher für uns immer Kampf um soziale Rechte der ArbeiterInnenbewegung.

ORGANISATIONEN IM WANDEL DER ZEIT

Nach den Ausschlüssen aus der SJ hatten wir noch eine Zeit im Umfeld der SJ/SPÖ gearbeitet. Aber die Sozialdemokratie stieß bei Jugendlichen und ArbeiterInnen auf immer größere Ablehnung. Sie verbürgerlichte und Bewegungen und Klassenkämpfe spielten sich zunehmend nicht nur außerhalb der Sozialdemokratie, sondern gegen sie ab. Eine Arbeit mit Orientierung auf die SPÖ/SJ wurde daher zu einem Hindernis für sozialistische Arbeit und den Aufbau einer revolutionären Organisation. Wir arbeiteten als "VorwärtslerInnen", entschlossen uns jedoch erst 1996 zur Gründung einer eigenen offen agierenden Organisation. Es war eine Phase der Um- und Neuorientierung, die mit der Gründung der "Sozialistischen Offensive Vorwärts" (SOV) 1996 nicht abgeschlossen war. Die Ausschlüsse aus der SJ haben den Schritt erleichtert, waren aber keinesfalls der Grund für die Gründung der SOV. Diesen hätten wir in jedem Fall setzen müssen. Es wurde zunehmend notwendig, eine neue sozialistische Organisation anzubieten. Bei der Gründungsveranstaltung der "Sozialistischen Offensive Vorwärts" waren weit über 100 Menschen aus verschiedensten Schichten anwesend: Jugendliche und alte KämpferInnen der ArbeiterInnenbewegung, Studierende und GewerkschafterInnen, In- und AusländerInnen waren gekommen, um bei der Gründung dieser neuen Bewegung für Sozialismus dabei zu sein. "Unser Ziel ist es, ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, die gegen dieses System und seine Auswirkungen kämpfen wollen, die Möglichkeit zu geben, sich zu organisieren." (Vorwärts Nr. 62, März 1996). In der Mai-Ausgabe von Vorwärts 1996 schrieben wir: "Bei der Sozialistischen Offensive Vorwärts kann jede/r Mitglied werden, der/die mit unseren grundsätzlichen Ideen übereinstimmt, sich aktiv an unserer politischen Arbeit beteiligt und einen monatlichen Mitgliedsbeitrag bezahlt"

"wes' BROT ICH ESS', DES' LIED ICH SING ..."

Die finanzielle Unabhängigkeit einer Organisation ist entscheidend für

ihre politische Unabhängigkeit. "Wer zahlt, schafft an." Das gilt gerade in politischen Organisationen. Wenn sich politische Organisationen von externen Geldgebern, durch Inserate in der Zeitung, durch Subventionen, durch Großspenden, abhängig machen, dann sind sie rasch gezwungen, sich auch politisch anzupassen. Wir finanzieren uns aus zwei Quellen: den Beiträgen unserer Mitglieder und den Einnahmen und Spenden, die wir für unser politisches Material erhalten. Unser Mitgliedsbeitrag orientiert sich am Einkommen und ein Teil davon geht an unsere Internationale CWI. Spendensammeln und der Verkauf unseres Materials sind ein guter Test dafür, ob wir die Themen aufgreifen, die ArbeiterInnen und Jugendliche interessieren und ob wir in einer Sprache schreiben, die am Bewusstsein ansetzt.

BÜNDNISSE MIT ANDEREN

Mit der Gründung der SOV hatten wir uns als Organisation, der man/frau beitreten kann und soll, deklariert. Wir haben damals auch die Diskussion und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gesucht (wie z.B. das Wahlbündnis mit der KPÖ bei den EU-Wahlen 1996). Eine lockere Diskussionsrunde, bei der KPÖ, GLB, SOAL, VertreterInnen der türkischen ÖDP und OV im Frühjahr 1996 in Gespräche traten, zerfiel mit Beginn des Sommers wieder. Mit der SOAL versuchte die SOV über einen längeren Zeitraum enger zusammenzuarbeiten. Trotz mancher gemeinsamer Traditionen und Ideen kamen die "neuen Formen" nicht über ein paar unverbindliche Diskussionen (und ein gemeinsames Transparent am 1. Mai) hinaus und wurden von der SOAL im Mai 1997 einseitig beendet. Im Zuge dieser Diskussionen wurden dennoch die unterschiedlichen Methoden und Orientierungen deutlich.¹⁸

Die Zusammenarbeit in linken Bündnissen zu konkreten Themen ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Wir kandidierten in einem Wahlbündnis,

¹⁸ Die 4. Internationale setzt(e) v.a. auf die Beteiligung in diversen "Bewegungen" (Euromarsch, Attac, AMSand...). Obwohl diese Projekte wichtig sind, und wir sie auch immer unterstützt haben, halten wir es für wichtig, die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung dabei nicht zu vergessen oder zu unterschätzen.

nahmen einenhalb Jahre am "Aktionskomitee gegen Blau-Schwarz" teil und organisierten Bündnisse gegen Nazi-Aufmärsche ebenso wie gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen. Natürlich gibt es in solchen Allianzen unterschiedliche Positionen zu vielen Fragen. Sonst wären ja alle in einer Organisation. Es ist wichtig, sich auf politische Eckpunkte zu einigen und darüber hinaus hat jede Gruppe das Recht, ihre Ideen zu vertreten. Die manchmal vorgebrachte Idee, auf eigenes Material der einzelnen Gruppen zu verzichten oder dieses sogar zu verbieten, haben wir immer abgelehnt. Das stärkt Bewegungen nicht, sondern schwächt diese. In jeder Bewegung ist die Diskussion über das "Wie weiter?" zentral. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen, über die offen diskutiert werden können muss. Dazu müssen die Positionen bekannt sein und dazu müssen alle das Recht haben, ihre Ideen auch zu verbreiten. Wenn versucht wurde, politisches Material zu verhindern (z.B. durch die SJ oder die KPÖ) diente das dazu, die Bewegung mit der eigenen Position und Finanzmacht zu dominieren.

PROZESS DER NEUFORMIERUNG DER LINKEN VERZÖGERT SICH

Die Nationalratswahlen 1999 machten deutlich, dass die Nachkriegsperiode endgültig vorbei war und eine neue politische Periode angebrochen war. Alle Parlamentsparteien stehen auf Seite der KapitalistInnen, die Interessen der ArbeiterInnenklasse werden von ihnen bestenfalls ignoriert. Die FPÖ konnte durch die Verbürgerlichung und den Rechtsruck der SPÖ mit 26,9 % zur zweitstärksten Partei bei den Nationalratswahlen 1999 und zur stärksten rechtsextremen Partei Europas werden. Das Fehlen einer ArbeiterInnenpartei hatte diese Entwicklung ermöglicht.

Es wurde aber auch deutlich, dass sich der Prozess der Neuformierung verzögerte. In den 90er Jahren war das Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse weit zurückgeworfen worden. Sie begann erst langsam wieder (und dieser Prozess dauerte in Österreich besonders lang), sich durch Klassenkämpfe für ihre Rechte einzusetzen. Die Linke war schwach, zersplittert und zu ernsthaften Bündnissen nicht bereit. Die SPÖ war end-

gültig verbürgerlicht und zeigte in den Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP, dass sie bereit war, die Interessen der ArbeiterInnenklasse völlig zu verraten. Das musste auch die Gewerkschaft zur Kenntnis nehmen. Der ÖGB-Vertreter im Verhandlungsteam, Metallerchef Nürnberger, konnte im Jänner 2000 letztlich dem Regierungsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP nicht zustimmen. Das Übereinkommen wurde dann übrigens mit wenigen Änderungen von der blau-schwarzen Regierung übernommen und umgesetzt. Die Grünen waren ebenfalls rasch nach rechts gegangen und die rosa-grüne Regierung in Deutschland machte deutlich, dass es keinen Tabubruch gab. Selbst in der Atom- und Kriegsfrage war sie bereit, diesen zu begehen. Die KPÖ war, nach einer gewissen Öffnung Mitte der 90er Jahre, zu einer Mischung aus Abgehobenheit und Bewegungsfetischismus gelangt, der dazu führte, dass sie sich meilenweit von den Bedürfnissen und Kämpfen der ArbeiterInnenbewegung weg befand. Diese Linie wurde zweifellos nicht von allen Mitgliedern mitgetragen, aber die innerparteiliche Opposition konnte offensichtlich auch keine Konzepte anbieten, um die Krise der Partei zu beenden. Wir denken, dass ein klares sozialistisches Programm, eine deutliche Abgrenzung zu den Ideen und Methoden des Stalinismus und eine Demokratisierung der KPÖ die Möglichkeit geboten hätten, sie für kämpferische ArbeiterInnen und Jugendliche attraktiv zu machen. Mit jenen in der KPÖ, die für einen solchen Kurs stehen, haben wir stets kooperiert, und wir werden auch in der Zukunft zusammenarbeiten.

Gleichzeitig gab es ein Vakuum und eine Notwendigkeit, eine Alternative anzubieten. Unser Ziel war und ist, "die tagtägliche Arbeit gegen Sozialabbau und Rassismus mit dem Kampf um eine andere, bessere Gesellschaft" zu verbinden. Das schrieben wir anlässlich der Gründung der SLP am 17. Februar 2000. Wir konnten der Bildung einer neuen ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm nicht vorgeifen. Diese hängt von der Entwicklung von Klassenkämpfen ab. Aber wir konnten zeigen, dass eine neue Partei notwendig ist. Daher beschlossen wir im Jänner 2000, wenige Tage vor dem Beginn der Widerstandsbewegung gegen FPÖVP, uns als "Sozialistische Linkspartei" (SLP) neu zu gründen. Die Zeit

war reif, nicht nur als Organisation, sondern als "Partei" aufzutreten. Wir haben den Anspruch, grundsätzlich bei Wahlen anzutreten. Mitunter scheitert das an den extrem undemokratischen Hürden. Außerdem ist das Antreten bei Wahlen nicht der Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Neugründung als SLP war Ende Jänner 2000 auf der Jahreskonferenz beschlossen worden, die Gründungsveranstaltung sollte im Mai stattfinden. Am 2. Februar begann die "Widerstandsbewegung". Binnen weniger Tage waren hunderttausende Menschen gegen die blau-schwarze Regierung auf der Straße. Wir änderten den Fahrplan und traten sofort als SLP auf, die Gründungsveranstaltung wurde vorverlegt und fand am 20. Februar 2000 statt; zwei Tage nach dem SchülerInnenstreik von 15.000, einen Tag nach der Großdemonstration mit 300.000.

DIE WIDERSTANDSBEWEGUNG

Die SLP war während der gesamten Widerstandsbewegung eine zentrale Kraft. Wir hatten schon im Herbst 1999 nach der Wahl mit "Montagskundgebungen" begonnen, die zu einem ersten öffentlichen Auftreten gegen eine mögliche schwarz-blau-Koalition wurden. Wir hatten ebenso schon im Herbst begonnen, für einen etwaigen SchülerInnenstreik zu mobilisieren. Viele politische Gruppen waren skeptisch und meinten, dies wäre nicht möglich bzw. sinnvoll. Angesichts der Dynamik der Kampagne sprangen sie auf und unterstützten die Mobilisierung für den größten politischen Schulstreik in der Geschichte Österreichs.

Obwohl wir uns führend an den Demonstrationen beteiligten und dafür auch von der Polizei belangt wurden, machten wir vom ersten Tag an klar, dass Demonstrationen alleine nicht reichen würden. "Streik jetzt! Widerstand ausweiten" schrieben wir am 17.2.2000. Im "Aktionskomitee gegen Blau-Schwarz", einem Zusammenschluss verschiedener Organisationen der Initiativen in der Widerstandsbewegung, argumentierten wir dafür, die Forderung nach Streiks in den Vordergrund zu stellen. Die Demonstrationen konnten (v.a. in einer relevanten Größe) nur für eine beschränkte Zeit weitergehen und taten den Herrschenden nicht



wirklich weh. Über die Medien verschwiegen oder diffamierten sie die Demonstrationen und ob der Verkehr behindert ist, ist ihnen eigentlich egal. Hinter der Regierung stehen die Unternehmen. Der Widerstand gegen die Regierung musste, um wirkungsvoll zu sein, auch die Unternehmen treffen. Bei einem Streik entsteht den Herrschenden wirklich Schaden und sie können somit unter Druck gesetzt werden.¹⁹ Dass die Bewegung ohne Arbeitskämpfe letztlich erfolglos blieb, beweist, dass unsere Aufforderung nicht “abgehoben” war. Obwohl die “Widerstandsbewegung” zu einer enormen Politisierung geführt hat, müssen wir doch

¹⁹ Die Vertreterin der KPÖ im Aktionskomitee argumentierte gegen den Aufruf zu Streiks und meinte, dass würden die Menschen nicht verstehen. Mit dem Wiedererstarken von antikapitalistischen Ideen gewann “kommunistisch” wieder eine gewisse Attraktivität. Die KPÖ ist trotz ihres Namens keine wirklich kommunistische Partei. Auch wenn sich die Parteispitze gerne als “antistalinistisch” bezeichnet, so haben sie doch stalinistische Methoden und Konzepte beibehalten. Politische Grundsätze werden hinter “Sachzwängen” gereiht, über Oppositionelle wird oft mit bürokratischen Mitteln drübergefahren, in der Bündnispolitik gibt es in manchen Fragen (z.B. EU-Beitritt) wenig Berührungspunkte mit Rechten und Nationalisten.

ehrlich bilanzieren, dass sie ihr Ziel nicht erreicht hat. Dies lag nicht an fehlendem Engagement der TeilnehmerInnen, sondern am Fehlen einer starken Führung, die die notwendigen Schritte wie Streiks aufzeigte. Das Scheitern der Widerstandsbewegung hat daher auch zu einem Rückgang in der Bewegung und zu Frustration bei Teilen jener geführt, die auf der Straße waren. Diese Entwicklung ist auch an uns nicht spurlos vorbei gegangen.

DIE ARBEITERINNENKLASSE BETRITT DIE BÜHNE

Der Rückschlag dauerte nicht lange. Die Streiks 2002 und 2003 haben gezeigt, dass die ArbeiterInnen fähig und bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen. Wir haben immer versucht, diese Kämpfe zu unterstützen und womöglich zu initiieren. Wir haben uns nicht darauf beschränkt, einfach nur "Super" zu schreien. Wir haben die Gewerkschaftsführung für ihre zustimmende Haltung beim Sozialabbau der 90er Jahre und für ihre zögerliche und bremsende Haltung bei den Streiks 2003 kritisiert. Und wir haben demokratischere Strukturen sowie ein Ende der "Sozialpartnerschaft" gefordert. Diese Politik der "Sozialpartnerschaft" führte meist zu faulen Kompromissen zuungunsten der ArbeitnehmerInnen. Die Streiks seit 2002 haben gezeigt, dass von einem Verschwinden der ArbeiterInnenklasse nicht die Rede sein kann. Wenn es auch noch viel Verwirrung darüber gibt, wie Errungenschaften verteidigt oder sogar verbessert werden können, so wächst doch das Bewusstsein darüber, dass wir NICHT alle im selben Boot sitzen. Es gibt entgegengesetzte Interessen zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen. Wir sehen es in den kommenden Jahren als unsere Aufgabe, in den unausweichlichen Klassenkämpfen die Möglichkeiten und die Grenzen im Rahmen des Kapitalismus aufzuzeigen. Es ist notwendig, die Erfahrungen der Kämpfe zusammenzufassen und daraus die Schlüsse zu ziehen, wie die Interessen der ArbeiterInnenklasse erfolgreich verteidigt werden können. Nicht jeder Fehler muss wiederholt werden.

WARUM WIR IN EINER
BÜRGERLICHEN "DEMOKRATIE" ZU WAHLEN ANTRETEN

Bei mehreren Gelegenheiten sind wir schon zu Wahlen angetreten. 1996 in einem Wahlbündnis mit der KPÖ bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, 2001 bei den Bezirks- und Gemeinderatswahlen in Wien (5. Bezirk bzw. Wahlkreis Zentrum), 2002 bei den Nationalratswahlen (in Wien) sowie auf der Liste des GLB bei den AK-Wahlen 2000 und 2004. Wir wären auch noch bei mehr Wahlen angetreten, wenn das im EU-Vergleich besonders undemokratische Wahlsystem es nicht verunmöglicht hätte. Neben viel Geld, das bezahlt werden muss, müssen auch noch sogenannte "Unterstützungserklärungen" gesammelt werden, wo im jeweiligen Wahlkreis wahlberechtigte Personen auf dem jeweiligen Bezirks-/Gemeindeamt die Kandidatur unterstützen. Das Aufbringen dieser 500 Unterstützungserklärungen für die Kandidatur im Wahlkreis Wien zu den Nationalratswahlen 2002 war an sich schon eine große Leistung.

Warum treten wir zu Wahlen an, obwohl wir wissen, dass die demokratischen Mitteln in einer bürgerlichen Demokratie äußerst beschränkt sind und obwohl wir eine kleine Organisation sind, deren Chancen auf ein Mandat gering sind? Bei diesen Kandidaturen ging es uns nie vorrangig um Mandate, sondern immer um die Möglichkeit, unsere Ideen zu verbreiten. Der Wahlkampf an sich war das Ziel der Kandidatur. Insofern haben wir uns, was Wahlprogramm, KandidatInnen und Wahlkampf angeht, auch nie um Stimmenmaximierung bemüht.²⁰ Wir konnten bei der EU-Wahl 1996 die KPÖ vom Slogan "International gegen Sozialabbau" überzeugen.²¹ Bei der Gemeinderatswahl 2001 hatten wir KandidatInnen auf unserer Liste, die aktiv und passiv nicht wahlberechtigt waren. Wir sind für das Wahlrecht aller in Österreich lebenden Menschen ab dem Alter von

20 2001 erhielten wir in Wien-Margareten auf Bezirksebene 139 Stimmen und im Wahlkreis Wien-Zentrum auf Gemeindeebene 100 Stimmen. Bei den Nationalratswahlen 2002 erhielten wir in Wien 3906 Stimmen.

21 Insgesamt müssen wird das Bündnis mit der KPÖ als problematisch bilanzieren. Zusagen wurden nicht eingehalten, die KPÖ manövrierte und taktierte in bürokratischer Art und Weise, politische Inhalte waren ihr eher unwichtig. Seither hat sich die KPÖ noch weiter von sozialistischen Methoden und Ideen verabschiedet und setzt auf die "Zivilgesellschaft" statt auf die Organisation der ArbeiterInnenklasse.



15 Jahren. Also hatten wir KandidatInnen, die nicht österreichische StaatsbürgerInnen bzw. unter 18 waren. Wir haben in allen Wahlkämpfen Menschen angesprochen und zur Mitarbeit eingeladen, die uns gar nicht wählen konnten. Während wir 2002 in Wien zu den Nationalratswahlen antraten, haben wir in Traiskirchen (NÖ) mittels einer Demonstration eine rassistische FPÖ-Mobilisierung gegen das Flüchtlingslager verhindert. Weder die NiederösterreicherInnen noch die Asylsuchenden konnten uns wählen. Trotzdem war dies eine der wichtigsten Aktionen im Wahlkampf.

Eine sozialistische Gesellschaftsveränderung wird nicht per Beschluss im Parlament eingeführt werden. Insofern sind Bezirks- und Gemeinderäte sowie Parlamente nur Nebenschauplätze politischer Arbeit. Aber sie bieten eine gute Bühne und sind ein Gradmesser für das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft. Als Ergebnis unseres kompromisslosen Eintretens für die Rechte und Interessen der ArbeiterInnenklasse und der Jugendlichen haben wir bereits Wahlen gewonnen. In Österreich waren und sind eine Reihe unserer Mitglieder BetriebsrätInnen bzw. Personalvertrauensleute. In anderen Sektionen des CWI wurden GenossInnen in Betriebs- bzw. Gemeinderäte sowie Parlamente gewählt. Ein Prinzip haben wir hierbei international und in den Statuten der SLP: KeinE politischeR MandatarIn darf mehr verdienen, als die Menschen, die er/sie vertritt. Die PolitikerInnen-Bezüge gehen daher an die Partei. Unsere MandatarInnen verdienen maximal nur einen normalen Facharbeiterlohn.

INTERNATIONALISMUS ALS PRINZIP

Unsere direkten Ursprünge gehen auf ein internationales Jugendtreffen (des IUSY 1981, siehe weiter oben) zurück. Britische Mitglieder des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) haben ganz bewusst versucht, auf diesem Treffen Jugendliche aus anderen Ländern für sozialistische Ideen zu gewinnen. Nach den ersten Anfängen haben uns immer wieder GenossInnen des CWI aus verschiedenen Ländern (besonders Deutschland und Britannien) mit ihren Erfahrungen geholfen. Wir haben an internationalen Kampagnen, Schulungen, Konferenzen und Demonstrationen teilgenommen. Bei den IUSY-Treffen 1985 und 1987 trat die Gruppe rund um die Zeitung Vorwärts schon gemeinsam mit GenossInnen aus anderen Ländern für marxistische Positionen ein. Die Nr. 11 des "Vorwärts" titelte 1987 auf der Rückseite "Für eine marxistische IUSY". Internationalismus ist aber nicht nur eine Bereicherung, sondern ein Muß ernsthafter sozialistischer Arbeit. Andere Organisationen werfen uns vor, dass wir aus dem Internationalismus einen "Fetisch" machen. Wir meinen, dass in einer Periode, wo der Kapitalismus weltweit dominiert und vernetzt ist, wo Belegschaften auf der Basis von "Standortlogik" gegeneinander ausgespielt werden und aufgrund der inner-imperialistischen Widersprüche die Gefahr bewaffneter innerimperialistischer Konflikte steigt, der Aufbau einer revolutionären Internationale eine Notwendigkeit ist. Das CWI hat vom ersten Tag seines Bestehens an aktiv Schritte unternommen, eine solche Internationale aufzubauen. Sozialistische Arbeit, die auf ein oder wenige Länder beschränkt bleibt, ist kein geeignetes Mittel, um die Angriffe, denen sich die ArbeiterInnenklasse gegenüber sieht, zurückzuschlagen. Es reicht nicht, nur lose Verbindungen zu halten, und sich ein bisschen über Ereignisse zu informieren. Wir brauchen eine internationale Organisation mit einem gemeinsamen Programm, um eine Alternative anzubieten.

- ▶ Internationalismus heißt für uns, mit unseren GenossInnen in anderen Ländern gemeinsam Aktionen zu setzen, wie die erste europaweite

Demonstration gegen Rassismus und Faschismus 1992 in Brüssel, an der 40.000 Jugendliche aus ganz Europa teilgenommen haben

- ▶ Internationalismus heißt für uns, Solidarität zu organisieren, wenn SozialistInnen in anderen Ländern wegen ihrer politischen Arbeit mit Repression konfrontiert oder im Gefängnis sind. Wir haben z.B. 1991 eine Solidaritätskampagne für den israelischen Staatsbürger palästinensischer Herkunft, Mahmoud Masarwa, organisiert, der wegen seiner Arbeit als Gewerkschafter und Sozialist in Israel unter fadenscheinigen Anklagepunkten zu zehn Jahren Haft verurteilt und gefoltert wurde. Unzählige Male haben wir vor der nigerianischen Botschaft in Wien (die sich übrigens gegenüber der Firmenzentrale von Shell befindet) Protestaktionen durchgeführt, um gegen die Verhaftung von GewerkschaftsaktivistInnen zu protestieren – vor und nach dem offiziellen Ende der Militärdiktatur.
- ▶ Internationalismus heißt für uns, Spenden zu sammeln, um die Arbeit von SozialistInnen international zu unterstützen, wie z.B. für SozialistInnen in Kasachstan, von denen einer seine Überzeugung 1998 mit dem Leben bezahlt hat und in Chile, wo auch unter den Bedingungen der Diktatur sozialistische Arbeit notwendig war.
- ▶ Internationalismus heißt für uns, über die Lebens- und Arbeitssituation der ArbeiterInnenklasse weltweit zu informieren, und die Verbindung zwischen den Arbeitskämpfen in verschiedenen Ländern herzustellen, wie z.B. 2000, als Joe Higgins, Parlamentsabgeordneter unserer irischen Schwesterpartei, in Wien war und mit dem Betriebsrat von Semperit/Conti in Traiskirchen über mögliche Solidaritätsaktionen des Conti-Werkes in Irland sprach. Oder 1984/5, als wir anlässlich des Bergarbeiterstreiks Veranstaltungen mit einem britischen Bergarbeiter organisierten.

JETZT BEITRETEN

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts organisieren sich Menschen im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung. Im 20. Jahrhundert kam als wesentliches Element der Kampf um Befreiung von nationaler Unterdrückung und gegen Sexismus, Rassismus und Faschismus dazu. Unser Beitrag zu diesem Kampf ist ein relativ junger, aber dafür umso entschlossener. Wir haben mit dieser Broschüre versucht, unsere Methoden anhand unserer Geschichte zu umreißen. Zweifellos ist es nicht möglich, alle Aktivitäten, Kampagnen, Demonstrationen, Themen etc. zu nennen. Doch es geht um den roten Faden, der sich seit unseren Anfängen durch unsere Arbeit zieht: der Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung.

Die 90er Jahre waren für Linke eine schwere Zeit, deren Nachwirkungen noch nicht völlig überwunden sind. Viele Organisationen haben den Zusammenbruch der stalinistischen Staaten und den vermeintlichen Sieg der "neuen Weltordnung" nicht überlebt. Im Gegensatz dazu haben wir uns inhaltlich festigen und eine Reihe von Kampagnen durchführen können. Mehr über unsere Ideen sind in diversen Publikationen, z.B. unserem Parteiprogramm nachzulesen.

Karl Marx hat richtig gesagt: "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern." An dieser Welt gibt es viel zu verändern. Fast elf Millionen Kinder sterben weltweit jedes Jahr noch vor ihrem fünften Geburtstag an Hunger, Gewalt, Aids und Kriegen (UNICEF). 43 % der Menschen in Österreich leben mit niedrigem oder sehr niedrigem Lebensstandard (Sozialbericht 2000/2001). Die Kriegsgefahr wächst weltweit ebenso wie die Bedrohung durch Umweltzerstörung. Der Kapitalismus ist nicht fähig, uns eine friedliche, sichere und lebenswerte Zukunft zu gewährleisten. Unsere politische Arbeit, auch wenn sie manchmal mühsam ist, hat ein Ziel. Uns diese Zukunft zu erkämpfen. Unsere organisatorischen Strukturen sind ein Instrument in diesem Kampf, unsere Methode haben sich als durchaus erfolgreich erwiesen, unsere Ideen als grundsätzlich richtig.

Unsere Geschichte ist nicht geradlinig, weil sich Kapitalismus und



Gesellschaft nicht geradlinig entwickeln. Aber wir haben unser Ziel nie aus den Augen verloren und wir möchten Dich/Sie einladen, dem “Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale” und somit in Österreich der SLP beizutreten, um mit uns gemeinsam für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für Sozialismus – zu kämpfen. Ein Blick in die Nachrichten zeigt, dass die Zeit drängt. Angesichts von Umweltzerstörung, Kriegsgefahr, Seuchen und Elend haben wir nicht alle Zeit der Welt. Es kommt auf jede und jeden einzelnen an, und wir sollten heute damit beginnen!

Sozialistische LinksPartei

Österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale
Kaiserstraße 14/11 . 1070 Wien .

Tel. 01. 524 63 10 **Mail.** slp@slp.at **Web.** www.slp.at

ZEITTADEL

Diese Zeittafel erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Insbesondere wurden viele Aktivitäten, die sich wiederholten, nur einmal genannt.

1981

5.–9. JUNI: Beim IUSY-Treffen, einem internationalen Sozialistischen Jugend-Treffen in Wien, werden die ersten CWI-Mitglieder in Österreich gewonnen.

1982

ENDE JUNI: Erste programmatische Konferenz der “Vorwärts-Gruppe” in Wien.

DEZEMBER: Das Redaktionsteam von “Militant”, der britischen Schwesterzeitung des künftigen “Vorwärts”, wird aus der Labour Party ausgeschlossen.

1983

MÄRZ: Die erste Ausgabe von Vorwärts erscheint als “Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten”.

9./10. APRIL: Zweite Konferenz des “Vorwärts”.

24. APRIL: Nationalratswahl; die SPÖ verliert die absolute Mehrheit, in Folge tritt Bruno Kreisky zurück.

HERBST: Kampagne gegen die Betriebsüberwachungssysteme bei General Motors, die uns in Konflikt mit der SPÖ-Führung brachte, da GM ein Projekt der SPÖ-Alleinregierung gewesen war.

DEZEMBER: Dritte Konferenz; es gibt unterschiedliche Positionen dazu, ob das Schwergewicht auf SJ-Arbeit oder auf der eigenen Festigung liegen soll. Zweiteres findet eine Mehrheit.

1984

ANFANG DES JAHRES: Die Gruppe “Vorán” rund um die VorwärtslerInnen stellt die Mehrheit in der SJ-Margareten.

MÄRZ/APRIL: Im Vorwärts Nr. 4 schreiben wir zur EG (Vorläuferin der EU): “Kein Ausweg auf kapitalistischer Grundlage – Millionen Gründe für ein sozialistisches Europa”.

IM MAI/JUNI schrieben wir anlässlich des 20sten ordentlichen Verbandstages der SJÖ: “Er (der Verbandstag) stand im Zeichen des Wechsels vom alten Verbandsobmann, Abgeordneter zum Nationalrat, Josef Cap zum neuen, Alfred Gusenbauer. Der Freitag stand im Zeichen der Cap-Diskussion. Zahlreiche Delegierte machten ihrer Enttäuschung über das schwächliche Verhalten Caps im Parlament Luft ... Überhaupt kristallisierten sich erneut die drei Flügel der SJÖ heraus. Der stalinistische Oberösterreichflügel, der linksreformistische Flügel um Gusenbauer, Schneider (...) und Cap, sowie der parteifreundliche Flügel der SJ-Niederösterreich Im Hauptreferat vertrat Heinz Fischer die Ansichten der Koalitionsregierung (das war damals die SPÖ-FPÖ(!)-Regierung, Anm.)”

1985

Mai: IUSY-Treffen in Luxemburg.

1986

Vorwärts erscheint nun als “Marxistische Zeitung für SJ, SPÖ und Gewerkschaften”

APRIL: Vorwärtsler werden erstmals Vorsitzender der SJ-Favoriten und stellvertretender Vorsitzender der SJ-Margareten.

Wir schrieben in “Vorwärts” Nr. 9 zur Machtübernahme von Jörg Haider in der FPÖ: “Die Abwahl des liberalen Stegers liefert der SPÖ-Führung einen geeigneten Grund für die Auflösung (der Koalition, Anm.). Nicht, dass die SPÖ-Spitzenfunktionäre eine Zusammenarbeit mit einer rechten Partei ablehnen würden, aber für die Pläne des Bundeskanzlers Vranitzky (Sanierung und Privatisierung der Verstaatlichten, Kürzungen bei Sozialleistungen, Steuerreform, Anm.) ist diese kleine FPÖ ungeeignet.”

1987

Teilnahme von VorwärtslerInnen am IUSY-Treffen (die internationale Organisation der Sozialistischen Jugend) in Valencia.

24. OKTOBER: Gesamtösterreichische Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Bildungsstopp. Wir sind mit “Vorwärts” Nr. 12 (Titel “NEIN zur Sparpolitik”) vertreten und schreiben: “Die Gewerkschaft muß jetzt für die Erhaltung der Verstaatlichten kämpfen – mit Demonstrationen, Kampagnen und Streiks.”

WINTER: Beim SchülerInnen- und Studierenden-Streik in Wien sind VorwärtslerInnen zentral dabei.

1988

1988/89 wird in Britannien der Kampf gegen die extrem unsoziale “Poll Tax”, eine Kopfsteuer, die stark zugunsten der Wohlhabenden umverteilt, geführt. An der Spitze der Bewegung stehen unsere GenossInnen von “Militant”. Die Labour Party unterstützt die Bewegung nicht, sondern tröstet auf die nächste Wahl. Hunderttausende BritInnen beteiligten sich an der “Don't pay! Don't collect!” Kampagne, Millionen zahlen die Steuer nicht und letztlich trat Margarete Thatcher (die Ikone des Neoliberalismus in Europa) 1991 zurück.

1989

21.–26. AUGUST: Internationales Jugendtreffen in Paris. VorwärtslerInnen nehmen teil und gehören zu den wenigen, die versuchen, politische Inhalte zu vermitteln.

Ab 1989: Massenbewegungen in verschiedenen osteuropäischen Ländern. Wir unterstützen die Forderungen nach mehr Demokratie und einem “echten Sozialismus” (“Für eine sozialistische Demokratie in Ost und West” in “Vorwärts” Nr. 18, “Arbeiterdemokratie statt Stalinismus” in “Vorwärts” Nr. 28), warnen aber vor der Restauration des Kapitalismus und den damit verbundenen sozialen Katastrophen.

Wir stellen in der SJ-Margarten die Resolution “EG – Für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa”, der auch angenommen wurde.

Wir fordern in “Vorwärts” Nr. 16: “Die Qualität der Krankenpflege darf

nicht vom Einkommen abhängen. Für ein klassenloses Gesundheitswesen!”

1990

Ausgehend von der SJ Margareten organisieren wir die “Kampagne für eine sozialistische Politik”.

Die SJ-Brigittenau steht erstmals unter dem Vorsitz eines “Vorwärtslers”.

Beim Verbandstag der SJÖ sorgt die rechte SJ-Führung rund um Gusenbauer für eine bürokratische Ent-Politisierung. “Resolutionen mit über 40 Seiten wurden ohne vorherige Behandlung in 90 Minuten Arbeitskreisdiskussionen und 10 Minuten Plenardiskussionen auf Drängen der SJ-Rechten ... durchgepeitscht. Ergebnis dieser Vorgangsweise sind jetzt offizielle SJ-Standpunkte, welche die bürgerliche Presse nicht ‚besser‘ hätte formulieren können: ‚Der Kommunismus ist gescheitert – der Kapitalismus wird sich früher oder später überall durchsetzen.‘” aus “Vorwärts” Nr. 21).

Erster Artikel in “Vorwärts” Nr. 22 zum Frauenrecht auf Schwangerschaftsabbruch (anlässlich der Diskussion über die “Abtreibungspille” RU 486).

JULI: “European Housewarming Party”, ein “Kennenlernfestival” für Jugendliche aus Ost- und Westeuropa. Vorwärts hatten einen Büchertisch, der auf reges Interesse traf. Wir organisierten die zweitgrößte Veranstaltung (“Stoppt die Rechten”) des ganzen Festivals in Wien.

8. DEZEMBER: Viele Händler lassen die Geschäfte an diesem Samstag (der damals noch ein arbeitsfreier Feiertag war) illegal offen. Sie wollen die

Ladenöffnungszeiten ausweiten. Vorwärts titelt “8. Dezember – Das ist erst der Anfang” (Nr. 23).

1991

Anfang des Jahres: Bewegung gegen den Golfkrieg (Angriff der US-geführten Allianz auf den Irak), Vorwärts Nr. 25 titelt “Stoppt die Kriegstreiber!”.

Vorwärts erscheint mit dem Untertitel “Zeitung der Marxisten in SJ, SPÖ und Gewerkschaften” (Nr. 25), 1992 wird die AKS hinzugefügt (Nr. 32).

MÄRZ: Vorwärts ruft zu einer Demonstration gegen den Golfkrieg auf. Die Planung ist längerfristig, der Krieg ist inzwischen vorbei, trotzdem demonstrieren rund 100 Menschen gegen die Politik der USA.

20. APRIL: auf Initiative der SJ-Margarten, in der VorwärtslerInnen die führende Rolle spielen, findet an Hitlers Geburtstag erstmals eine antifaschistische Demonstration in Wien statt, die wir in den kommenden Jahren wiederholt initiieren. Bei dieser sind rund 600 der 800 TeilnehmerInnen ausländische Jugendliche (v.a. “Red Brothers”, eine Jugendgruppe, die hauptsächlich TürkInnen und JugoslawInnen organisiert).

APRIL: Gründung des Vereins “Vorwärts zur sozialistischen Demokratie”.

8. JUNI: bei der Landeskonferenz der SJ-Wien wird die von VorwärtslerInnen eingebrachte Resolution für eine marxistische SJ mehrheitlich angenommen. Inzwischen sind die SJ-Margareten, Mariahilf, Brigittenau und Liesing Vorwärts-Bezirke, auch in der SJ-Landstraße sind die Ideen von Vorwärts führend.

Anfang der 90er Jahre verabschiedete die rosa-schwarze Regierung ein

“Spar”(=Belastungs)-Paket nach dem anderen. Wir titelten 1991 “Laßt doch die Reichen zahlen” (Nr. 28) und forderten eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn, einen Mindestlohn von 12.000 öS netto (= 872 Euro) sowie die ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung der Wirtschaft (Nr. 28).

1992

6. FEBRUAR: Gründung des “Antifaschistischen Komitees” (Vorgängerorganisation von Jugend gegen Rassismus in Europa”). Der für ca. 30 Leute passende Raum in der VHS-Stöbergasse wurde rasch zu klein, wir mussten in den Kinosaal ausweichen, weil über 200 Jugendliche gekommen waren. Bis April hatte das Antifa-Komitee rund 300 Mitglieder.

19. MÄRZ: Beginn der Ausschlüsse aus der SJ (Wiener Ausschuss).

21. MÄRZ: Das Antifa-Komitee ruft neben anderen Organisationen zu einer Demonstration gegen Rassismus, Faschismus und AusländerInnenfeindlichkeit auf – 1000 Jugendliche kommen.

21. MÄRZ: Sitzung des Verbandsausschusses der SJÖ in Lindabrunn (NÖ). Die Ausschlüsse werden bestätigt (mit 26 gegen 15 Stimmen), die Sitzung wird von einer Vielzahl von Vorwärts-UnterstützerInnen verfolgt, die extra nach der Demonstration von Wien aus gekommen waren.

27. MÄRZ: Veranstaltung von Vorwärts anlässlich der Ausschlüsse. Der Raum in der VHS-Stöbergasse platzt aus allen Nähten, die Unterstützung ist überwältigend.

28. MÄRZ: Landeskonferenz der SJ-Wien, Vorwärts organisiert eine Kundgebung gegen die Ausschlüsse, die SJ-Wien verweigert den eigenen Mitgliedern den Zutritt zur Konferenz. Das Ergebnis (Sonja Wehsely wird Vorsitzende) fällt dann zur Zufriedenheit der SJ- und SPÖ-Bürokratie aus.

APRIL: Gründung der SJ-Gruppe “Rote Aktion” in Feldkirch sowie der “Gruppe Aufbruch” in Salzburg, beides Vorwärts-Gruppen.

30. APRIL: beim traditionellen Fackelzug der SJ-Wien (an dem damals noch tausende Jugendliche teilnahmen), treten auch die VorwärtslerInnen auf. Einer der Slogans lautet: “Schieder, Wehsely und Krainer – Sozialist ist von euch keiner”. Die neugewählte SJ-Wien-Führung setzt die Polizei gegen die SozialistInnen ein.

19.–21. JUNI: Am SJÖ-Verbandstag in Linz können die aus der SJ Ausgeschlossenen ein letztes Mal gegen die Ausschlüsse appellieren. Wieder organisieren wir Proteste. Der Verbandstag bestätigte die Ausschlüsse dank bürokratischer Manöver mit einer Mehrheit von rund einem Dutzend Stimmen. Gleichzeitig wurde die SJ-Grundsatzerklärung aus 1976 außer Kraft gesetzt, in der sich die SJÖ als “marxistische Organisation” definierte.

24. OKTOBER: Die erste europaweite Demonstration gegen Faschismus und Rechtsextremismus, organisiert von YRE (der internationalen Organisation des Antifa-Komitees). In Brüssel demonstrieren 40.000, vor allem Jugendliche. Aus Österreich organisiert das Antifa-Komitee zwei Busse voller Jugendlicher.

1993

26. JÄNNER: Die SJ-Gruppe Aufbruch in Salzburg (ebenfalls eine Vorwärts-Gruppe) wird aufgelöst, vier VorwärtslerInnen werden ausgeschlossen, später wird auf Funktionsverbot abgeschwächt. Durch Zufall erfahren wir, dass die Aktion von der SJ-Bürokratie unter dem blumigen Code-Namen “Aktion Peloponnes” vorbereitet wurde.

28. JÄNNER: Ca. 6.500 Unterschriften des vom Antifakomitees organisierten “Aufbegehren gegen Haiders Volksbegehren” werden an das Innenministerium übergeben.

FRÜHJAHR: Wir beginnen die Kampagne “Freiheit für Philemon Mauku”, einen schwarzen südafrikanischen Marxisten, der als politischer Gefangener vom rassistischen südafrikanischen Regime eingesperrt wurde.

21. MAI: Im Zuge der Zusammenarbeit mit Betriebsräten der Voest wegen der Privatisierungen und des Stellenabbaus organisieren wir eine Diskussionsveranstaltung mit einem Arbeiter-Betriebsrat der Voest in Wien.

23. OKTOBER: Dritte Konferenz von Antifa-Komitee/JRE. Abschluss der Kampagne “Stoppt die Rechten – Weg mit dem Aufenthaltsgesetz”: 16.000 Falter, 16.000 Aufkleber, jeweils 5.000 Plakate Flugblätter wurden in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg vor Schulen, Berufsschulen und an öffentlichen Plätzen unters Volk gebracht. Am Kongress nahmen 200 Jugendliche aus ganz Österreich teil.

24. OKTOBER: Antifa-Demonstration unter dem Motto “Weg mit dem Aufenthaltsgesetz”. 2.500 waren dem Aufruf des Antifa-Komitees gefolgt.

16. DEZEMBER: Bei der Betriebsratswahl in der ÖVM (heute: OMV) wird erstmals eine Vorwärtslerin auf einer neuen unabhängigen Liste in den Betriebsrat gewählt.

16. DEZEMBER: Fest anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Zeitung “Vorwärts”. Es gibt Grußbotschaften von GenossInnen aus der ganzen Welt.

1994

JÄNNER: Das “Vorwärts” erscheint erstmals im Großformat (Nr. 42). Auf der Rückseite widmeten wir uns unter dem Titel “Kampf dem Naziterror” den Briefbomben und anderen rechtsextremen und faschistischen Terrorakten zu dieser Zeit.

MAI: Proteste unter Externisten-MaturantInnen, als der damalige Stadtschulratspräsident von Wien die Externistenprüfungskommission nach Skandalen gleich ganz abschafft. Die ExternistInnen – darunter führend einige VorwärtslerInnen – organisieren Proteste.

13.–20. AUGUST: Europaweites Anti-Nazi-Camp von “Jugend gegen Rassismus in Europa” in Reinwarzhofen/Bayern, unter den 1.500 TeilnehmerInnen sind 70 aus Österreich.

22. OKTOBER: Demonstration gegen den “Gesamttiroler Freiheitskommers”, ein rechtsextremes Treffen in Innsbruck. Unser Antifa-Komitee organisiert von Wien aus einen Bus. Dieses Komitee wurde zu dieser Zeit von FPÖ-Politikern (Walter Meischberger) angegriffen, ein Aktivist des Antifa-Komitees erhielt telefonisch Morddrohungen und das nur sechs Wochen, nachdem er sein Telefon angemeldet hatte, ohne im Telefonbuch zu stehen.

1995

FEBRUAR: “Vorwärts” unterstützt die Beschäftigten des IKL (“Interkulturelles Lernen”), einer Nachmittagsbetreuung für Kinder, in ihrem Kampf gegen die Schließung des Projektes durch die SPÖ-geführte Gemeinde Wien. Die “rote” Wiener Volksbildung schreckt auch nicht davor zurück, BetriebsrätInnen zu kündigen.

Seit Anfang des Jahres gibt es die Initiative “Uns reicht's – SozialistInnen in der SPÖ wehren sich”. Das Ziel: linke Kräfte in der SPÖ gegen den Kurs der Parteiführung zusammenzufassen.

10. FEBRUAR: Dem ÖGB-Sekretär Drochter werden 1.500 Unterschriften der von Vorwärts initiierten Kampagnen “Guten Morgen, ÖGB!” übergeben. Gefordert werden u.a. ein bundesweiter Aktionstag sowie eine BetriebsrätInnen-Konferenz bezüglich des Belastungspaketes. Stattdessen verweigert der ÖGB die Unterstützung für die Bündnis-Demonstration gegen das Belastungspaket am 25. März in Wien.

FEBRUAR: Gründung der SchülerInnenAktionsPlattform (SAP).

24. FEBRUAR: Erste Demonstration der SAP unter dem Motto “Busek, spar dich selber ein” (Busek war damals ÖVP-Unterrichtsminister). Nach der Demo auf der Wiener Mariahilferstraße diskutieren bei der anschließenden Veranstaltung SchülerInnen aus über 20 Schulen.

In der “Vorwärts”-Mai-Nummer (Nr. 54) beschäftigen wir uns mit dem damaligen Kirchen-Skandal rund um die Frage des Missbrauchs von Kindern durch Vertreter der Kirche. Wir fordern ein Ende der staatlichen finanziellen Unterstützung für die Kirche (“Das (gemeint sind u.a. ReligionslehrerInnen und katholische Privatschulen, Anm.) soll die Kirche selbst bezahlen, genau wie jeder andere Verein ... Die Trennung von Kirche und Staat muss endgültig vollzogen werden.”). Rechtzeitig zum Schulanfang führt JRE die Kampagne “Abmelden vom Religionsunterricht” durch.

JUNI: In der Nummer 55 des “Vorwärts” zeigen wir in einem (oft kopierten) “Rechten Netzwerk” die Querverbindungen zwischen rechtsextremen und faschistischen Organisationen sowie der FPÖ auf.

9.–16. JULI: Vorwärts-Sommer-Camp gemeinsam mit der tschechischen Schwesterorganisation “Budoucnost” in der Nähe von Prag.

22. SEPTEMBER: Bei einem von der SAP organisierten SchülerInnenstreik in Wien demonstrieren 8.000 Jugendliche aus über 20 Schulen.

30. SEPTEMBER: SAP-SchülerInnenkongress gegen Bildungsabbau.

17. OKTOBER: Die SAP ruft zur Unterstützung der Studierenden-Demonstration gegen Sozialabbau und Bildungsklau auf. Rund 3000 SchülerInnen aus 30 Schulen kommen.

6. NOVEMBER: Auf Initiative von Vorwärtslern findet in Wels ein SchülerInnenstreik gegen den Bildungsabbau statt. Trotz massiver Einschüchterungen an den Schulen und brutalen Polizisten sowie Jung-FPÖ'lerInnen und Burschenschaftlern beteiligten sich rund 1.000 SchülerInnen am Streik, einige Hundert an der Demo.

DEZEMBER: Anlässlich der Nationalratswahl beteiligt sich Vorwärts an Aktivitäten zum Thema “Wahlrecht für Alle”.

1996

FEBRUAR: Auf einer Konferenz beschließen VorwärtslerInnen aus Wien, Niederösterreich und Oberösterreich die Gründung einer neuen sozialistischen Organisation – der SOV.

MÄRZ: Durch die aktive Beteiligung an den Studierenden-Streiks erhält Vorwärts starke Medienpräsenz.

3. MAI: Gründung der SOV mit über 100 TeilnehmerInnen im Kongresshaus zu Wien.

Bereits seit längerem führen wir eine Kampagne gegen die Zerschlagung und Abwanderung des Semperit/Conti-Werkes in Traiskirchen durch. Unterstützt wird dies u.a. von Joe Higgins, Gemeinderat unserer irischen Schwesterpartei in Dublin. In seinem Wahlkreis gibt es ebenfalls ein Conti-Werk, und bei seinem Österreicaufenthalt organisieren wir ein Treffen mit dem Betriebsrat von Semperit in Traiskirchen.

SEPTEMBER: Gründung des "SOV-Frauenstammtisches".

13. OKTOBER: EU-Wahl: unter dem Motto "International gegen Sozialabbau" gemeinsame Kandidatur der SOV mit der KPÖ. Das Ergebnis ist um 62 % besser als jenes der KPÖ bei den Nationalratswahlen 1995.

30. NOVEMBER: Wir beteiligen uns an den Protesten gegen den rechtsextremen Burschenschafter-Kommers in Wien.

DEZEMBER: Wir organisieren eine Kundgebung gegen die FPÖ-"GewerkschafterInnen"; eine unternehmerfreundliche Struktur, die in Folge ihren Vorstellungsbrief an Unternehmen bezeichnenderweise auf gelbem Papier verschickte. (Solche Schein-"Gewerkschaften" werden oft als "gelb" bezeichnet.)

1997

12. FEBRUAR: Anlässlich des Jahrestages der Februarkämpfe 1934 hält die SOV eine Kundgebung "Die ÖVP und die Mörder" mit Zeitzeuginnen vor der ÖVP-Parteizentrale in Wien ab.

24. MAI: Aktionstag gegen Jugendarbeitslosigkeit von JRE.

14/15. JUNI: Europaweite Demonstration gegen Erwerbslosigkeit in Amsterdam. Die SOV ist dabei.

AUGUST: Weltjugendfestspiele in Kuba. Mitglieder des CWI, darunter auch zwei SOV'lerInnen, nehmen teil.

HERBST: Kampagne von JRE gegen den Autoverleih "Rainbow-Car", der Nicht-ÖsterreicherInnen per Aushang den Zugang zum Firmengelände verweigert und mit Gewalt droht. Gemeinsam mit den SchülerInnen der Rahlgasse in Wien richten wir uns gegen die Benützung eines Turnsaales des rechtsextremen ÖTB.

HERBST UND WINTER: Die SOV-Wels unterstützt die MieterInnen-Initiative gegen die Machenschaften der "Heimstätten-Genossenschaft" (geführt von einem SPÖ-Bürokraten), bei der im Frühjahr 1998 tatsächlich konkrete Verbesserungen für die MieterInnen in Millionenhöhe erkämpft werden.

15. NOVEMBER: Symposium "80 Jahre Oktoberrevolution – Was blieb von ihr?"

1998

Im März beteiligen wir uns nicht an der anlässlich des 50. Jahrestages des "Anschlusses" stattfindenden "Österreich war das erste Opfer"-Propaganda, sondern führen eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Motto "Österreich war nicht das erste Opfer" statt, darunter gemeinsam mit SchülerInnen antifaschistische Projektwochen an mehreren Wiener Schulen.

20. APRIL UND 16. MAI: Demonstrationen gegen die rechtsextremen und deutschnationalen Burschenschaften.

19. SEPTEMBER: Seminar anlässlich der Kampagne “Arbeitsplätze schaffen – Arbeitszeit verkürzen”, bei dem u.a. die 30-Stunden-Woche bei gleichem Lohn gefordert wird.

8. OKTOBER: Schulstreik gegen die geplanten Einsparungen bei Schikursen und Schulveranstaltungen.

24. OKTOBER: “Bildungswandertag” in Baden: Proteste gegen das Treffen der EU-Bildungsminister, bei dem weitere Kürzungen diskutiert werden.

1999

22.–25. FEBRUAR: Besuch von Vilma Alvarez, einer chilenischen Sozialistin und Gewerkschafterin, Mitglied des CWI in Chile.

FEBRUAR: Am Wiedner Gymnasium, wo der Schulversuch für “hochbegabte” SchülerInnen durchgeführt wird, fordert die SAP “Privilegien für Alle”.

APRIL UND MAI: Die SOV beteiligt sich an der Antikriegsbewegung gegen den Nato-Angriff auf Jugoslawien.

29. MAI: “Euromarsch”-Demo in Köln. Die SOV ist als Teil des CWI-Blocks mit dabei.

JUNI: Wir ziehen uns in unserer Gewerkschaftsarbeit aus der UG-GPA zurück, da die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GPA zunehmend von den Grünen dominiert werden.

8.–14. AUGUST: “10 Jahre danach”-Sommercamp der SOV (gemeint ist der Zusammenbruch des Stalinismus und die Wiedereinführung des Kapitalismus ab 1989) gemeinsam mit CWI-Mitgliedern aus Russland,

Moldawien, Kasachstan, der Ukraine, Schweden, Deutschland und der tschechischen Republik.

3. OKTOBER: Die Nationalratswahlen erschüttern Österreich, die FPÖ wird mit 26,9 % zweitstärkste Partei. Die SOV war im Wahlkampf gegen die FPÖ aktiv und setzt nach der Wahl die Initiative für Proteste, die im Februar 2000 im größten politischen Schulstreik der Geschichte gipfeln und gemeinsam mit anderen die Anfänge der “Widerstandsbewegung” darstellen. Bereits in der Novembernummer (Nr. 98) titelten wir “Schulstreik gegen die FPÖ”.

2000

29./30. JÄNNER: Konferenz der SOV, wir beschließen die Neugründung als SLP.

2. FEBRUAR: Die “Widerstandsbewegung gegen Blau-Schwarz” beginnt. Wir sind von Anfang an dabei, bringen die Forderung nach Streiks gegen die Regierung ein, “Vorwärts” erscheint im 2-Tages-Rhythmus.

18. FEBRUAR: Schulstreik gegen Blau-Schwarz, 15.000 SchülerInnen folgen dem Aufruf der SAP, der nach anfänglichem Zögern von einer Reihe von Organisationen unterstützt wird.

19. FEBRUAR: Grossdemonstration gegen Blau-Schwarz mit 300.000 TeilnehmerInnen.

20. FEBRUAR: Offizielle Gründungsveranstaltung der SLP (die eigentlich für Mai geplant war).

Das März-Vorwärts erscheint mit Nummer 100 im neuen Layout.

FRÜHJAHR: SLP'lerInnen treten auf der Liste des GLB bei den Wiener Arbeiterkammerwahlen an.

MAI: Die SLP unterstützt die Proteste der Zivildienstler gegen die von der Regierung beschlossenen Verschlechterungen.

29. JUNI: Grossdemonstration "150 Tage Blauschwarz". Die SLP ist während der gesamten "Widerstandsbewegung" vorne dabei und wird dafür auch verklagt.

JULI: Die SLP-Homepage geht ans Netz.

26.–29. SEPTEMBER: Treffen von IWF und Weltbank in Prag. Bei den Protesten dagegen intervenieren Mitglieder des CWI, darunter auch aus Österreich, gemeinsam.

2001

24. MÄRZ: Die SAP veranstaltet (gemeinsam mit der AL) in der Arena das "Rage against the FPÖ"-Fest mit hunderten TeilnehmerInnen.

25. MÄRZ: Die SLP tritt unter dem Motto "Den sozialistischen Widerstand wählen" bei den Wiener Gemeinderatswahlen im Wahlkreis Zentrum (Bezirke 1, 4, 5, 6) sowie bei den Bezirksratswahlen im 5. Bezirk an.

FRÜHJAHR: Die SLP unterstützt die MieterInnen eines Hauses in Wien 20, die sich gegen die Errichtung eines Handy-Mastens auf ihrem Haus wehren. Unsere Devise ist: Die MieterInnen in einem Haus müssen entscheiden können, was sich in/auf ihrem Haus abspielt.

Seit dem Frühjahr führen wir die Kampagne gegen die radikalen

AbtreibungsgegnerInnen und zur Verteidigung der Mairo/Lucina-Klinik in Wien 2.

1. JULI: Anti-WEF-Demo in Salzburg. Gemeinsam mit vielen anderen werden SLP'lerInnen viele Stunden bei brütender Hitze und ohne Zugang zu Toiletten in einem Polizeikessel festgehalten.

5. JULI: ÖGB-Demonstration "Für Demokratie". Auch der Urabstimmung im Oktober, die den Wunsch der Mitglieder nach Widerstand deutlich macht, folgen keine Taten. Die SLP fordert einen "24-stündigen Generalstreik als erste Warnung an die Regierung".

Nach den Terroranschlägen des 11. September in New York und Washington reagiert die SLP rasch, bringt mehrere Sondernummern zum Thema heraus und ist in Folge Teil der Anti-Kriegs-Bewegung (Afghanistan). Eine Zeitungs-Überschrift lautet "Keine weiteren Opfer!"

14./15. DEZEMBER: Großdemonstrationen in Brüssel gegen Sozialabbau und Krieg. Die SLP ist dabei. Am 15. Dezember wird International Socialist Resistance (ISR), die internationale Organisation von SWI, gegründet. Über Telefon nimmt selbst ein Aktivist aus Kaschmir daran teil.

2002

15. MÄRZ: Aktionstag gegen Bildungsabbau. SWI mobilisiert eine Demonstration.

13. APRIL: Die SLP ist Teil des erfolgreichen Demo-Bündnisses gegen die Kundgebung der rechtsextremen "Kameradschaft Germania", die gegen die Wehrmachtsausstellung protestiert.

17. APRIL: Dietmar Fischer, Chef der radikalen Abtreibungsgegner in Öster-

reich klagt die SLP-Frauensprecherin. Es ist dies die Reaktion auf unsere Kampagne gegen den Terror von HLI gegen Frauen.

10./11. MAI: Antikapitalistischer Kongress von SWI in Wien mit Beteiligung aus mehreren Bundesländern.

3. AUGUST: SWI und SLP verhindern mit einer erfolgreichen Demonstration in Salzburg einen angekündigten Nazi-Aufmarsch.

SEPTEMBER: Die Proteste anlässlich des WEF-Gipfels in Salzburg sind der Startpunkt für die kontinuierliche Arbeit von SWI in Salzburg.

24. NOVEMBER: Die SLP tritt in Wien bei den Nationalratswahlen an.

2003

1. JÄNNER: ein Ergebnis unserer Kampagne gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen ist, dass die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche in den Wiener Gemeindespitalern deutlich gesenkt werden.

20. MÄRZ: Am Tag X, dem Tag des Kriegsbeginns gegen den Irak, bringen SWI und SLP tausende SchülerInnen in einem Schulstreik auf die Straße. Der Kampagne für den Schulstreik, die wir seit Winter des Vorjahres führen, haben sich auch andere Organisationen angeschlossen. Insgesamt streiken rund 10.000 SchülerInnen in Wien.

FRÜHJAHR: Wir argumentieren für Streiks bis hin zum Generalstreik gegen den Pensionsraub der Regierung und beteiligen uns an diversen Kampfmaßnahmen in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg.

10. JULI: Wir erhalten in der ersten Instanz im Verfahren Fischer (HLI) gegen Sorger (SLP) recht.

25.–29. AUGUST: Bundesweites Camp von SWI

Ab August unterstützt die SLP den mehrteiligen Arbeitskampf des Bordpersonals bei der Fluglinie AUA/Austrian aktiv.

13. OKTOBER: Gründung der von der SLP initiierten “Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften”.

1. NOVEMBER: SLP und SWI mobilisieren für eine antifaschistische Kundgebung am Wiener Zentralfriedhof gegen die Versuche der Rechtsextremen, dem Nazi-Offizier Nowotny zu huldigen.

8. NOVEMBER: SWI organisiert die erste antifaschistische Demonstration in Wien Floridsdorf, einem Bezirk, wo rechtsextreme Aktivitäten zunehmen.

9. NOVEMBER: Auch in Salzburg findet eine von SWI organisierte Antifa-Demonstration statt.

NOVEMBER: Wir nehmen an den Arbeitskämpfen bei den EisenbahnerInnen teil.

2004

15. MÄRZ: Auch in zweiter (und somit letzter) Instanz wird die Klage von HLI-Chef Dietmar Fischer abgewehrt. Der Wahrheitsbeweis für die Methoden von HLI (Stichwort Psychoterror) ist selbst in den Augen des Gerichts erbracht worden!

FRÜHJAHR: Die SLP unterstützt die Streiks beim Wiener

Fahrradbotendienst “Veloce”, den ersten Arbeitskampf von “Freien DienstnehmerInnen”.

2. APRIL: Beim europaweiten Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) versagt der ÖGB kläglich. Die SLP organisiert gemeinsam mit der “Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften” eine Kundgebung in Wien.

17. APRIL: Die SLP beteiligt sich an einer Bündnisdemonstration in Braunau (Hitlers Geburtsstadt) und sorgt für österreichweite Beteiligung gegen die zunehmenden rechtsextremen Übergriffe.

24./25. APRIL: Jugendkongress gegen Rassismus und Sozialabbau von SWI in Wien.

MAI: SLP'lerInnen treten auf der Liste des GLB bei den Wiener Arbeiterkammerwahlen an.

3.–6. JUNI: Austrian Social Forum (ASF). Die SLP macht in Linz schon seit geraumer Zeit auf die Bedrohung durch den rechtsextremen BFJ aufmerksam. Tatsächlich gibt es mehrere BFJ-Übergriffe auf das ASF. Unser Arbeitskreis zu diesem Thema erregt großes Interesse bei der Staatspolizei.

JULI: Beginn der Kampagne “BFJ stoppen – Gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalt” in Linz und Umgebung.

9. OKTOBER: Die von der SLP in Linz initiierte und maßgeblich organisierte Demonstration gegen rechtsextreme Gewalt und den BFJ wird ein voller Erfolg. Über 600 TeilnehmerInnen trotz starken Regens sind eine Niederlage für die Faschisten.



VORWÄRTS . Sozialistische Zeitung. Jetzt abonnieren!

Sozialistische LinksPartei

Österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale
Kaiserstraße 14/11 . 1070 Wien .

Tel. 01. 524 63 10 **Mail.** slp@slp.at **Web.** www.slp.at